

Peter Nötzoldt

Die Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin in Gesellschaft und Politik

Gelehrten-gesellschaft und Großorganisation
außeruniversitärer Forschung 1946–1972¹

Die Akademie – die nach Kriegsende noch *Preußische Akademie der Wissenschaften* hieß, sich dann im Dezember 1945 den Namen *Akademie der Wissenschaften zu Berlin* gab und schließlich im Juli 1946 in *Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin* umbenannt wurde – veränderte sich in dem hier betrachteten Zeitraum von weniger als einem Vierteljahrhundert grundlegend. Fünf neue Satzungen wurden verabschiedet, immerhin genauso viele wie in den 200 Jahren zuvor.

Die Periode ist gekennzeichnet durch eine generelle Verwissenschaftlichung – die schon früher eingesetzt hatte – mit gravierendem Einfluß auf alle gesellschaftlichen Lebens- und Handlungsbereiche. Als Konsequenz aus dieser Entwicklung läßt sich umgekehrt eine gleichzeitige Vergesellschaftung der Wissenschaft konstatieren. Wissenschaft ist also kein Wirken im Elfenbeinturm (was sie wohl auch nie war). Vom Staat finanzierte Wissenschaft ist eine gesellschaftliche Veranstaltung wie beispielsweise Politik oder Kultur. Ständig müssen die Rahmenbedingungen neu ausgehandelt werden – und das möglichst langfristig. Dafür sind für die Wissenschaft die wissenschaftsfördernden Institutionen und für die Gesellschaft insgesamt die Politiker zuständig. Daß dies kein einseitiger Prozeß ist, verdeutlichen die zur Disposition stehenden Ressourcen – sie sind nach Mitchell Ash „nicht nur finanzieller Art; sie können kognitiv-konzeptioneller, apparativ-institutioneller oder auch

¹ Ursprünglich sollte sich dieser Beitrag mit der Geschichte der Akademie bis zum Beginn der Akademiereform 1968 beschäftigen. Die Reform selbst und die Zeit bis 1990 wollte Conrad Grau behandeln. In seinem Redebeitrag auf dem Kolloquium hatte er angekündigt: „Die Behandlung der inneren Entwicklung beider Struktureinheiten, also der Gemeinschaft der Akademiemitglieder und des Forschungsverbundes, nach 1968 muß ich mir für die Langfassung meines Betrages vorbehalten.“ Sein Tod im Mai 2000 ließ es dazu nicht kommen. Für meinen Beitrag hatte dies mindestens zwei Konsequenzen: *Erstens* wird der Aufsatz nun ein längeren Zeitraum behandeln, da zumindest die Akademiereform nicht ausgespart bleiben konnte. *Zweitens* mußten jene Punkte gründlicher ausgeführt und belegt werden, in denen der Dissens zu Graus Redebeitrag unübersehbar ist. Das betrifft vor allem seine These, daß erst nach den Entscheidungen seit 1968 – und nicht bereits systematisch seit 1946 – eine Akademie entstanden war, die als Gesamtinstitution nicht mehr mit anderen deutschen Akademien kompatibel war. Vgl. den Beitrag von Conrad Grau in diesem Band.

rhetorischer Art sein⁶. Deshalb können Wissenschaftler genauso gut Ressourcen aus der politischen Sphäre für ihre Zwecke mobilisieren, wie Politiker die Wissenschaftler und deren Ressourcen für ihre Zwecke zu benutzen versuchen.² Politische Einflüsse und die gesellschaftlichen Grundstimmungen sind für die Wissenschaftsentwicklung nicht unerheblich. Für den Untersuchungszeitraum seien hier nur die Stichworte *Politisierung* und *Ökonomisierung* der Wissenschaft sowie eine fast grenzenlose Technikeuphorie genannt.

Von diesen Voraussetzungen ausgehend soll der Frage nachgegangen werden, welche Rolle die Akademie und vor allem ihr Kernstück, die Gelehrtenegesellschaft, in diesem Prozeß spielte. Es ist zu fragen, welche Funktionen erfüllte sie ursprünglich, welche gewann sie hinzu, welche gab sie ab und welche wurden ihr genommen. Zu erläutern sind dabei sowohl die Ursachen und Hintergründe für die Veränderungen als auch der Anteil der jeweiligen Akteure.

Die Gelehrtenegesellschaft blieb zwar klein und elitär,³ aber sie wandelte sich in ihrer Zusammensetzung: Die Parität zwischen Geisteswissenschaften und Naturwissenschaften bei den Mitgliedern wurde aufgegeben. Angewandte Wissenschaften wie Technik, Medizin, Landwirtschaft etc., die bisher wenig erfolgreich an die Pforte der Akademie geklopft hatten, erhielten seit 1949 verstärkt Einlaß. Zunächst langsam, Ende der 1960er Jahre aber signifikant, gewannen Wissenschaftler Einfluß, deren Biographien vorrangig vom Leben in der DDR geprägt waren.

Gleichzeitig stieg die Akademie vom *Kleinbetrieb* wissenschaftlicher Produktion zu einer *Großorganisation* der Forschung auf. Wirkten 1946 lediglich 91 Wissenschaftler an der Akademie, so waren es 1972 bereits 3.787. Berücksichtigt man alle Mitarbeiter, so stieg die Zahl von 131 auf 13.568, also um mehr als das Hundertfache.⁴

Ebenso radikal waren die Veränderungen in Gesellschaft und Politik, mit denen die Akademie konfrontiert war. Nach 1945 hing das Überleben der Akademie zunächst vom Wohlwollen aller vier Besatzungsmächte ab. Als diese ihren Etat auf Null setzten, bemühte sie sich um einen Platz unter den Fittichen der sowjetischen Besatzungsmacht. Sie erhielt dort eine privilegierte, aber auch exponierte Stellung. Immerhin sollte sie „in das höchste wissenschaftliche Zentrum Deutschlands“ umgestaltet werden.⁵ Der 1949 gegründeten DDR paßte eine Deutsche Akademie der Wissenschaften als gesamtdeutsche Klammer hervorragend in das von ihr propagierte deutschlandpolitische Konzept, das den Einheitsgedanken zumindest rhetorisch bemühte. Zwei Jahrzehnte später hatte sich die Situation grundle-

² Vgl. Ash, „Kurt Gottschaldt“, S. 337f.

³ Stellenzahl für Ordentliche Mitglieder ohne Emeriti: 76 Stellen für OM 1945, 120 ab 1949 und 90 ab 1963.

⁴ Angaben für 1946 aus: *Deutsche Akademie der Wissenschaften 1946–1956*, S. 58; für 1972 aus: *Jahresbericht 1989 der AdW der DDR*, Teil 2: Statistischer Jahresbericht, S. 3.

⁵ Verordnung über die Erhaltung und Entwicklung der deutschen Wissenschaft und Kultur, weitere Verbesserung der Lage der Intelligenz und Steigerung ihrer Rolle in der Produktion und im öffentlichen Leben. Vorlage zur Vollsitzung der Deutschen Wirtschaftskommission für die sowjetische Besatzungszone am 30./31. März 1949.

gend geändert. Die Akademie galt Ende der sechziger Jahre als fester Bestandteil eines *eigenständigen sozialistischen Staates deutscher Nation*, als der sich die DDR nun sah.

Die Akademie war aber nicht nur in der ostdeutschen Gesellschaft verankert und für die dortigen Politiker interessant. Als *gesamtdeutsche Institution* mit einer langen Tradition geriet die Akademie in den fünfziger und sechziger Jahren in die Auseinandersetzungen des Kalten Krieges. Nicht selten war sie Spielball der Politiker diesseits und jenseits des Eisernen Vorhangs. 1951 lebte etwa die Hälfte aller Ordentlichen Mitglieder in Westdeutschland und in West-Berlin, 1968 noch immerhin etwa 15 Prozent. Danach wurden sie durch eine Satzungsänderung völlig ausgegrenzt. Zeitweise gehörten nahezu alle Präsidenten der bundesdeutschen Wissenschaftsakademien und der *Max-Planck-Gesellschaft* (MPG) zugleich auch als *stimmberechtigte Ordentliche Mitglieder* der Berliner Akademie an. In den Führungsgremien von Forschungsinstituten der Akademie konnte man Wissenschaftler aus Heidelberg oder München finden. Die deutschen Wissenschaftsakademien aus Ost und West unterhielten zudem nach wie vor gemeinsame Forschungsunternehmungen.

1. Die gesamtdeutsche Nationalakademie 1946–1950

Das Bestreben zur Neuorientierung der Akademie nach Kriegsende kam aus der Gelehrtenengesellschaft, die ohne Unterbrechung weiterarbeitete, aber zugleich um ihre Wiederezulassung kämpfen mußte. Dabei griffen ihre Vertreter auf bereits vorhandene Vorstellungen zurück. Sowohl der nationale Führungsanspruch der Berliner Akademie als auch die Notwendigkeit der Erweiterung ihres Forschungspotentials waren vor 1945 mehrfach thematisiert worden: Adolf von Harnack hatte bereits 1912 ein Verschmelzen von *Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft* (KWG) und *Preußischer Akademie der Wissenschaften* (PAW) unter Führung der Akademie als Ziel postuliert. In einer Denkschrift von 1929 erhob die Akademie Anspruch auf die Kompetenzen der *Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft*; ein Jahr später forderte sie die Gründung eigener Akademieinstitute. 1940 unterstützte die Akademie ebenso wie die anderen deutschen Wissenschaftsakademien das Projekt einer *Reichsakademie der deutschen Wissenschaft* – zumindest solange, wie damit die Bildung einer *KWG der Geisteswissenschaften* möglich erschien.⁶

Im Chaos der Nachkriegszeit bot sich die Chance, eine Neuorientierung durchzusetzen. Neben der Notwendigkeit zur Übernahme von Verantwortung ergab sich plötzlich für einige in Berlin gebliebene aktive Mitglieder der Gelehrtenengesellschaft die Möglichkeit, von ihnen nicht gewollte Entwicklungen in der deutschen Wissenschaftsorganisation der letzten Jahrzehnte zu revidieren und die Stellung der Akademie aufzuwerten, insbesondere bisher andernorts verwaltete Kompetenzen an sich zu ziehen.⁷

⁶ Vgl. Nötzoldt, „Strategien“.

⁷ Hans Kienle, „Festrede anlässlich der Eröffnungsfeier der Akademie am 1. August 1946“, in: *Deutsche Akademie der Wissenschaften 1946–1956*, S. 25–29.

Möglich war dies, weil die gewaltige personelle und institutionelle wissenschaftliche Verlagerung aus Berlin vor Kriegsende zu einem Bruch im gewachsenen Disziplinen- und Institutionengefüge geführt hatte. Am Ende des Zweiten Weltkrieges war Berlins wissenschaftliche Infrastruktur weitgehend zerstört. Etwa 75 Prozent der Akademiemitglieder, darunter nahezu alle Naturwissenschaftler, zu denen immerhin sechs Nobelpreisträger gehörten, hatten die Stadt verlassen.⁸

Die in Berlin anwesenden Mitglieder der Gelehrtenegesellschaft erkannten sehr schnell, daß das Überleben und eine Funktionserweiterung ihrer Institution am ehesten mit Hilfe der *Sowjetischen Militäradministration in Deutschland* (SMAD) gesichert werden konnte. Bei ihr suchten und fanden sie Unterstützung – nicht selten gegen Interessen der deutschen Administration. Dies war zunächst der Berliner Magistrat und ab 1946 die für die Sowjetische Besatzungszone und Ost-Berlin zuständige *Deutsche Zentralverwaltung für Volksbildung* (DZVV) unter ihrem Präsidenten Paul Wandel, einem aus dem sowjetischen Exil zurückgekehrten KPD-Funktionär.

Die Neukonstituierung der alten Akademie als *Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin* im Sommer 1946 ist hierfür ein Beispiel. Die Wissenschaftsabteilung der DZVV, in der Naturwissenschaftler dominierten, favorisierte eine Wiederbelebung des bekannten Wissenschaftssystems. Vor allem die Restbestände der *Kaiser-Wilhelm-Institute* (KWI) sollten aktiviert und unter Kontrolle gebracht werden. Die Aufgaben der 1920 gegründeten *Notgemeinschaft*, seit 1929 *Deutschen Forschungsgemeinschaft* (DFG), konnte die Administration – unterstützt von einer Art *Forschungsrat* – selbst übernehmen.⁹

Das hätte eine erneute Marginalisierung der Akademie bedeutet, was aber keineswegs im Interesse der in Berlin anwesenden Akademiemitglieder lag. Nachdem sie sich von einigen durch ihre nationalsozialistische Vergangenheit belasteten Mitgliedern getrennt und das Wort *Preussische* aus ihrem Namen gestrichen hatte, beantragte sie im Dezember 1945 auf Rat eines Abgesandten der sowjetischen Akademie der Wissenschaften¹⁰ die direkte Unterstellung unter die SMAD. Damit machte sich die Gelehrtenegesellschaft selbst zum Verhandlungspartner der sowjetischen Besatzungsmacht. Zwar kam es aus rechtlichen Gründen nicht zu dieser Unterstellung, aber die Akademie, insbesondere deren Präsident – von 1945 bis 1951 war dies der Althilologe Johannes Stroux – hatte seither direkten Zu-

⁸ Der PAW gehörten im Sommer 1945 noch 69 Ordentliche Mitglieder an. Sie wirkten in zwei entsprechend den Statuten etwa gleich starken Klassen. Die Mathematisch-naturwissenschaftliche Klasse zählte 36 und die Philosophisch-historische Klasse 33 Mitglieder. Hauptwirkungsstätten waren für fast alle die Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin und die Berliner Kaiser-Wilhelm-Institute gewesen. In den Monaten nach der Kapitulation bis Ende 1945 beteiligten sich durchschnittlich elf Mitglieder an den immerhin 19 Sitzungen des Akademieplenums, wobei 73 Prozent aller Stimmen auf die Philosophisch-historische Klasse entfielen.

⁹ Dieses Modell war 1936/37 eingeführt worden, als das REM de facto die Geschäfte der DFG übernahm und dann für den naturwissenschaftlich-technischen Bereich den *Reichsforschungsrat* kreierte. Vgl. Fischer/Hohlfeld/Nötzoldt, „Berliner Akademie“, S. 553ff., sowie ausführlich Hammerstein, *Deutsche Forschungsgemeinschaft*, S. 193ff.

¹⁰ Vgl. den Beitrag von Natalja P. Timofeeva in diesem Band.

gang zu den wichtigsten Repräsentanten der SMAD.¹¹ Bei einer solchen Konstellation nutzte es den Naturwissenschaftlern in der DZVV auch wenig, daß sie Anfang 1946 den Plan einer Übernahme der KWG aufgaben und sich mit der nach Göttingen verlagerten KWG-Führung zu arrangieren suchten.¹² Die sowjetische Seite setzte konsequent auf die Berliner Akademie als alleiniges Wissenschaftlerforum mit wissenschaftlicher Kompetenz. Sie sah ohnehin aus ihrer wissenschaftsorganisatorischen Perspektive in einer Akademie das *natürliche* Zentrum des wissenschaftlichen Lebens und überdies eine Institution, die Gelehrtenengesellschaft und Forschungsinstitute verband. Wenige Tage nach der Amtseinführung Otto Hahns am 1. April 1946 als Präsident der KWG in Göttingen wurde der Ausbau der Berliner Akademie beschlossen.

Die als *Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin* wiedereröffnete Akademie entsprach also den Wünschen der in Berlin verbliebenen Mitglieder der Gelehrtenengesellschaft und den sowjetischen Vorstellungen von einer Akademie der Wissenschaften zugleich.

Sie war als deutsche Nationalakademie mit eigenen Forschungsinstituten konzipiert. Die herausgehobene Stellung ihrer Akademie unter den deutschen Wissenschaftsakademien gehörte ohnehin seit Jahrzehnten zum Selbstverständnis der Gelehrtenengesellschaft. Sie konnte nun geradezu als „Verpflichtung“ gesehen werden, „die der Akademie daraus erwächst, daß sie das verwaiste Erbe aus dem Zusammenbruch all der Einrichtungen antritt, die einst in Berlin ihren Sitz hatten, und daß sie darüber hinaus klar die große Chance erkannt hat, die ihr gerade in diesem Zeitpunkt durch die Besinnung auf ihre historische Aufgabe gegeben wird“.¹³

Die Frage nach eigenen Institutionen war komplizierter und verweist auf das Grunddilemma der gewählten Akademiekonstruktion. Alle Konzepte seit Ende des 19. Jahrhunderts hatten vorgesehen, einer durch Wahlverfahren konstituierten und ergänzten Gelehrtenengesellschaft Forschungsinstitute zu ihrer Disposition beizugeben. So wollte es die Akademie, und so verfuhr sie auch in den ersten Nachkriegsjahren. Disziplinen, deren Vertreter nicht in Berlin anwesend waren, etwa die *exakten* Naturwissenschaften bzw. solche, die bisher ausgegrenzt worden waren, wie die angewandte Forschung, fanden so zunächst keine wirkliche Heimstätte in der Akademie. Bestenfalls wurden solche Institute angegliedert.

Dieses Problem erkannten die Akademiker und die Politiker sehr bald: Wollte die Akademie wirklich den nationalen Vertretungsanspruch als „höchste wissenschaftliche Einrichtung“¹⁴ für sich behaupten, so würde sich die Gelehrtenengesellschaft weitaus mehr verändern müssen, als ursprünglich angenommen. Vor allen Dingen mußte sie sich erweitern und öffnen – eine Anregung, die 1912 von Adolf von Harnack formuliert, aber nie umge-

¹¹ Vgl. Nötzoldt, *Steinitz und die Akademie*, S. 27ff., sowie Pjotr I. Nikitin, *Zwischen Dogma und gesundem Menschenverstand*, S. 33 und 125ff.

¹² Vgl. Nötzoldt, „Wissenschaft in Berlin“, S. 27ff.

¹³ Hans Kienle, Festrede anlässlich der Eröffnungsfeier der Akademie am 1. August 1946, in: *Deutsche Akademie der Wissenschaften 1946–1956*, S. 27.

¹⁴ Ebd.

setzt worden war: „Die Akademie, will sie in lebendiger Föhlung mit der neuen Stellung der Wissenschaft bleiben und die Föhrerrolle behaupten, muss sich erweitern. [...] Sie muß auch die angewandten Wissenschaften kommandieren“ und schließlich einen Weg finden, „Nicht-Gelehrten [...] Einfluß zu gestatten“.¹⁵ Als die Akademieföhrung 1948 in diesem Zusammenhang von den Politikern zu einer Entscheidung gedrängt wurde, überwogen die Stimmen für eine Öffnung der Gelehrten-gesellschaft.¹⁶ Erneut wurden die Bedingungen mit der SMAD ausgehandelt. Das Ergebnis ist in der *Kulturverordnung* von 1949 festgehalten. Die Politiker versprachen alle materiellen Voraussetzungen, um die Akademie „in das höchste wissenschaftliche Zentrum Deutschlands um[zu]gestalten“. Dazu gehörten privilegierte Arbeits- und Lebensbedingungen, um wichtige Wissenschaftler entweder im Osten zu halten oder aus dem Westen zur Mitarbeit zu gewinnen.¹⁷ Die Akademie akzeptierte eine Erhöhung der Mitgliederstellen von 76 auf 120 und den Verzicht auf die bisher übliche Parität zwischen den Natur- und den Geisteswissenschaften. Die zwei alten Klassen – Mathematisch-naturwissenschaftliche und Philosophisch-historische Klasse – wurden durch sechs neue Klassen ersetzt:

- Klasse für Mathematik und allgemeine Naturwissenschaften
- Klasse für medizinische Wissenschaften
- Klasse für landwirtschaftliche Wissenschaften
- Klasse für technische Wissenschaften
- Klasse für Sprachen, Literatur und Kunst
- Klasse für Gesellschaftswissenschaften.

Zum Prüfstein für die Akzeptanz der Umgestaltung der Institution mit nationalem Anspruch sollte das 250jährige Akademie-jubiläum 1950 gemacht werden. Zu einer Akademie mit Mitgliedern in nahezu allen Regionen Deutschlands war sie allerdings nur durch die kriegsbedingte Verlagerung der Wohn- und Arbeitsstätten vieler Gelehrter seit 1943 geworden. Die Besatzungsverhältnisse in Deutschland und insbesondere in der Hauptstadt hatten daran auch nach 1945 wenig geändert.¹⁸ Doch bot die Akademie nun bereits beachtliche Forschungsmöglichkeiten in 20 Instituten, sieben Forschungs- bzw. Arbeitsstellen sowie in 16 Unternehmungen und Kommissionen. Die Akademiebibliothek wurde groß-

¹⁵ Adolf von Harnack an Hermann Diels vom 28. Oktober 1912 („vertraulich und sekret“), abgedruckt in: Kocka, *Königlich Preussische Akademie*, S. 460–463.

¹⁶ AAW, Protokolle der Sitzungen des Präsidiums 1946–1950, P 2/1, Bl. 35–38: Aktennotiz über die Aussprache des Präsidiums der Akademie mit dem Präsidenten der Deutschen Verwaltung für Volksbildung am 12. März 1948.

¹⁷ Vgl. dazu: Verordnung über die Erhaltung und Entwicklung der deutschen Wissenschaft und Kultur, weitere Verbesserung der Lage der Intelligenz und Steigerung ihrer Rolle in der Produktion und im öffentlichen Leben. Vorlage zur Vollsitzung der Deutschen Wirtschaftskommission für die sowjetische Besatzungszone am 30./31. März 1949.

¹⁸ Zwischen 1945 und 1950 kehrten acht OM nach Berlin zurück und elf verließen die Stadt in Richtung Westdeutschland. Von den zwischen 1946 und 1949 zugewählten 53 OM wohnten und arbeiteten nur drei in den Westzonen – das entspricht 7,5 Prozent. Vgl. Nötzoldt, *Steinitz und die Akademie*, S. 41, 47 und 57.



250-Jahrfeier der Akademie, Juli 1950

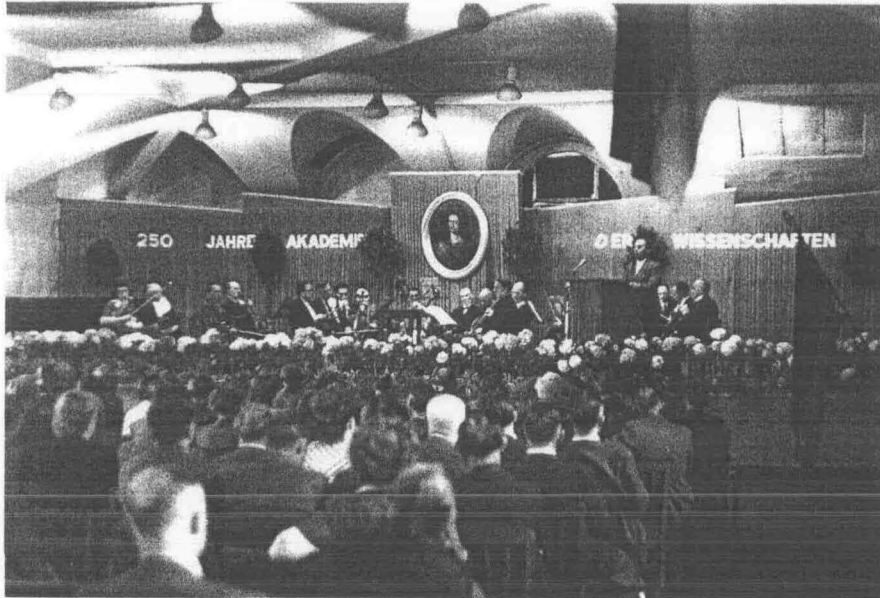
Redner: Eilhard Alfred Mitscherlich; sitzend v. l. n. r.: NN, Josef Naas, Johannes Stroux

zünftig gefördert; ein neugegründeter Akademieverlag und die Redaktionen zweier angesehener Zeitschriften, die *Deutsche Literaturzeitung* und *Forschungen und Fortschritte*, boten gute Publikationsmöglichkeiten. Ende 1949 beschäftigte die Akademie 621 Mitarbeiter, darunter 311 Wissenschaftler. Für das Jahr 1950 standen 12.357.000 Mark an Haushaltsmitteln zur Verfügung, was gegenüber 1946 einer Steigerung auf das knapp 14fache entsprach. In den ersten fünf Jahren nach ihrer Wiedereröffnung konnte die Akademie zusätzlich 14.299.000 Mark für Investitionen ausgeben.¹⁹

Dieses neue Leistungsprofil der Akademie sollte anlässlich des Akademiejubiläums demonstriert werden. Für nicht wenige Mitglieder war es allerdings durch eine zu große Politisierung der Akademie erkaufte worden. Wohin dies führen konnte, hatten unter anderem die von der SED durchgesetzten Repressionen an der Berliner Universität gezeigt, die ganz wesentlich zur Spaltung der Universität und zur Gründung der Freien Universität beitrugen.²⁰ Wie weit das Anbieten an die neuen Herrscher auch an der Akademie bereits ging, schien ein lobpreisendes Telegramm an Stalin zu dessen 70. Geburtstag zu beweisen, das Akademiepräsident Stroux ohne Absprache mit dem Präsidium und dem Plenum der Aka-

¹⁹ Vgl. hierzu Hans Wittbrodt, „Wichtige Daten zur Entwicklung der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin in den Jahren 1946–1956“, in: *Deutsche Akademie der Wissenschaften 1946–1956*, S. 55–65.

²⁰ Vgl. hierzu Tent, *Freie Universität*.



Vortrag von Hermann Grapow im Berliner Glühlampen-Werk anlässlich des 250jährigen Akademiegeburtstags, Juli 1950

demie abgeschickt hatte.²¹ Die Gelehrten-Gesellschaft war gespalten und ihr Präsident in der Kritik. Stroux bot im März 1950 seinen Rücktritt an, verblieb aber auf Wunsch der Sekretäre „wegen des Akademiegeburtstags“ und der dann ohnehin ablaufenden Wahlperiode im Amt.²² Vier Akademiemitglieder traten unmittelbar vor dem Jubiläum demonstrativ aus der Akademie aus, „damit niemand glaube [sic] billigten Vorkommnisse und Entwicklungen, die einem freien Geist nicht anstehen“²³ würden. Nur drei der 31 im Westen lebenden Ordentlichen Mitglieder kamen zu den Feierlichkeiten nach Berlin.

Die eingeladenen westdeutschen Institutionen – die Schwesterakademien, die Universitäten und die Max-Planck-Gesellschaft boykottierten das Akademiegeburtstag sogar vollständig, weil sie nicht „zu Statisten für eine östliche Propaganda werden“ wollten²⁴ und

²¹ AAW, Bestand Akademieleitung, Nr. 449, Bl. 7, Bl. 21.

²² SBB, NL Hartung, 61, 1: Erklärung des Vizepräsidenten Hans Stille vom 5. April 1950 für die westdeutschen Akademien des ehemaligen Kartells und die in Westdeutschland wohnenden Ordentlichen Mitglieder und Korrespondierenden Mitglieder bestimmt.

²³ Am 30. Juni 1950 gaben Friedrich Meinecke, Wolfgang Heubner, Walther Löhlein und Richard Thurnwald, die mehr oder minder mit der neugegründeten Freien Universität verbunden waren, ihren Austritt bekannt. MPGA, IA 9/1 3-49: Abschrift des Briefes vom 30. Juni 1950 mit Datum vom 3. Dezember 1950.

²⁴ Vgl. AAW Heidelberg, Nr. 611/6: Kurt Latte, Präsident der Göttinger AdW, an Wolfgang Kunkel, Präsident der Heidelberger AdW, vom 12. Februar 1950.

wohl auch, weil die Bundesregierung sie dazu aufforderte.²⁵ Insbesondere die westdeutschen Akademien beobachteten zwar den „prestigeträchtigen Ausbau“ der Berliner Akademie sehr sorgfältig – wenn kein Geld fließe, würde man auf den „Rang von Provinzialinstituten herabsinken“, schrieben sie 1950 an das Bundeskanzleramt²⁶ –, aber sie diagnostizierten zugleich auch eine große Politiknähe bei einigen ihrer Repräsentanten. Letzteres galt insbesondere für den Berliner Präsidenten, wobei Kurt Latte, selbst Präsident der Göttinger Akademie und Korrespondierendes Mitglied der DAW seit 1947, einschränkte: „Es muß zugegeben werden, daß es nicht ganz leicht ist, die Grenze zwischen dem nur Notwendigen und Unumgänglichen und darüber hinausgehender freiwilliger Leistung zu ziehen.“²⁷

Der Anspruch auf eine gesamtdeutsche Repräsentanz der Berliner Akademie wurde somit durch das Verhalten von einer beträchtlichen Anzahl der Akademiemitglieder und auch der westdeutschen Wissenschaftsorganisationen während des Akademiejubiläums zurückgewiesen. Zumindest herrschte nun endgültig Klarheit darüber, daß unter den gegebenen politischen Verhältnissen das Vorhaben einer gesamtdeutschen Nationalakademie ohne Zukunft war. Sie war wohl nur ein Wunschtraum der in Ostdeutschland gebliebenen Wissenschaftler und der sowjetischen Besatzungsmacht gewesen; wenn auch aus sehr unterschiedlichen Gründen. Das Vorhaben mußte scheitern: *Erstens* hatten die Politiker in Ost und West im aufkommenden Kalten Krieg schon längst die Weichen auf Abgrenzung gestellt. Auf beiden Seiten wurden gesamtdeutsche Ambitionen nur dann toleriert, wenn sie ins jeweils eigene Konzept paßten. *Zweitens* war dieses Akademiekonzept mit den Vorstellungen der sich in Westdeutschland um den Wiederaufbau der außeruniversitären Forschungsorganisation mühenden Wissenschaftler nicht kompatibel. Die damit betrauten

²⁵ Vgl. AAW Mainz, 1/06/200: Fritz Neubert an Helmuth Scheel vom 4. April 1950. Obwohl sich die westdeutschen Akademien noch drei Wochen vor dem Jubiläum schließlich einig waren, doch nach Berlin zu reisen, da es „mit Berufung auf die Gefahr einer Absage unsererseits den Herren in Berlin gelungen ist, das Programm durchaus so zu gestalten, daß, von dem Tage, an dem der Präsident der Deutschen Demokratischen Republik an den Feierlichkeiten teilnimmt, abgesehen, irgendwelche Demonstrationen nicht möglich sind“, erschien keiner der Präsidenten. Noch kurz vor dem Jubiläum hatten die Akademien vom Bundesminister für gesamtdeutsche Angelegenheiten Jacob Kaiser ein Schreiben erhalten, in dem sich dieser „gegen jede offizielle Beteiligung der Akademien an dem Berliner Jubiläum“ aussprach. Vgl. AAW Heidelberg, Nr. 611/6: Briefwechsel zwischen Kurt Latte und Wolfgang Kunkel zwischen dem 28. Januar und dem 25. Juni 1950. Auch die MPG sagte noch kurzfristig ab. Ihr Präsident Otto Hahn schrieb am 29. Juni 1950 an die DAW: „Aus dem Programm ist zu entnehmen, daß die Feier nicht ganz ohne politische Einflußnahme erfolgen wird. Da nun die Max-Planck-Gesellschaft sich prinzipiell von jeder politischen Betätigung oder Beeinflussung fernhalten muss, sieht sie sich nicht in der Lage, den ursprünglich als ihren Vertreter in Aussicht genommenen Professor Dr. Max von Laue zu den Feierlichkeiten nach Berlin zu entsenden.“ (MPGA, III./50/2344, Bl. 7–8.) Hierzu ausführlicher Nötzoldt, *Steinitz und die Akademie*, S. 53.

²⁶ Die Denkschrift an die kulturpolitische Abteilung des Bundeskanzleramtes war Ergebnis der zweiten Beratung der Arbeitsgemeinschaft der Akademien in Göttingen, Heidelberg und München (gegründet am 19. Dezember 1949) am 11. September 1950. Vgl. den Entwurf in: AAW Heidelberg, Nr. 611/6; vgl. auch Wennemuth, *Wissenschaftsorganisation*, S. 516f.

²⁷ Vgl. AAW Heidelberg, Nr. 611/6: Kurt Latte an Wolfgang Kunkel vom 12. Februar 1950.

Wissenschaftler setzten auf die Restauration des sich bis 1933 herangebildeten Systems, an dessen Entstehen sie zum Teil selbst beteiligt gewesen waren.²⁸ Sie lehnten daher die zentrale Stellung einer Akademie ab und betrachteten das Konzept der Deutschen Akademie der Wissenschaften in Berlin lediglich als eine durch die Kriegsfolgen bedingte Notlösung für Ostdeutschland.

2. Die zentrale und „höchste wissenschaftliche“ Körperschaft der DDR 1950–1957

Die „zentrale und höchste wissenschaftliche Körperschaft unserer Republik“²⁹ – wie die Akademie nun in der DDR unter weitgehendem Verzicht auf eine gesamtdeutsche Ausrichtung genannt wurde – sollte unter dem neuen Akademiepräsidenten Walter Friedrich (1951–1955) stärker gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Vorgaben unterworfen werden. Den Akademiegründer Gottfried Wilhelm Leibniz bemühend, sah DDR-Präsident Wilhelm Pieck in der Akademie „eine Quelle des Wohlstandes“ für die DDR³⁰ und Paul Wandel assistierte, daß dazu ein enges Bündnis von Staat und moderner Wissenschaft notwendig sei³¹. Die Quelle Akademie sprudelte allerdings weder schnell genug, noch ließ sie sich planmäßig lenken. Das veranlaßte einen inzwischen neu hinzugekommenen Konkurrenten, das *Zentralamt für Forschung und Technik (ZFT)* bei der *Staatlichen Plankommission*,³² zu heftigen Attacken gegen die Akademie. Hauptziel des ZFT war die Abspaltung von Instituten aus der Akademie, Hauptmittel die Blockade von Investitionsmitteln. Als Hauptthema für eine schnellere Entwicklung hatte das ZFT die Gelehrten-gesellschaft ausgemacht, die sowohl personell als auch in den Methoden ihrer Arbeit nicht auf der Höhe der Zeit stehe.³³ Daß die Kritik des ZFT nicht völlig unberechtigt war, zeigte die Situation der meisten naturwissenschaftlichen Disziplinen. Zur Akademie gehörten z. B. sechs physikalische Institute und Laboratorien. Aber in den Gremien, die für diese Einrichtungen entschieden, den Klassen der Gelehrten-gesellschaft, fühlte sich die Physik wenig vertreten. Nur einer der Direktoren, Rudolf Seeliger, war Akademiemitglied,

²⁸ Vgl. hierzu Osietzki, *Wissenschaftsorganisation*.

²⁹ Heinrich Roloff, „Aufgaben und Ziele“, in: *Nacht-Express* vom 10. Juli 1950.

³⁰ Wilhelm Pieck, „Ansprache des Präsidenten der DDR zum Akademie-jubiläum 1950“, in: *Jb. der DAW 1950–1951*, S. 58.

³¹ Siehe Paul Wandel in seiner Ansprache als Minister für Volksbildung und damaligen Dienstherren der DAW zum Akademie-jubiläum 1950, in: *Jb. der DAW 1950–1951*, S. 58.

³² Das ZFT war 1951 aus der *Hauptverwaltung für Technik und Wissenschaft* der 1947 gegründeten *Deutschen Wirtschaftskommission* (DWK) gebildet worden. Aus der DWK war bereits 1949 das *Ministerium für Planung* und daraus schließlich 1951 die *Staatliche Plankommission der DDR* hervorgegangen.

³³ SAPMO, ZPA, IV 2/9.04/372, Bl. 5–8: Werner Lange, Stellungnahme des Zentralamtes für Forschung und Technik zur Akademiefrage vom 19. März 1951.

nahm aber aufgrund seines hohen Alters kaum an den Sitzungen der Klasse teil.³⁴ Folgerichtig versuchten die physikalischen Einrichtungen, ihre zusätzlich benötigten Ressourcen direkt beim ZFT einzuwerben.³⁵

Daß die Situation für die Akademie ernst war, zeigte die Gründung der Bauakademie im Dezember 1950 sowie die der Landwirtschaftsakademie im Januar 1951 – vor allem letztere entstand trotz heftigstem Protest der Gelehrtenengesellschaft.³⁶ Selbst Akademiedirektor Josef Naas, der in der Akademie die Richtlinien der SED durchzusetzen versuchte, war über die Zuspitzung der Situation beunruhigt³⁷: Um zu verhindern, daß künftig wissenschaftspolitische Entscheidungen an der Akademie vorbei und sogar über sie getroffen werden, beantragte die Akademieführung, daß die Akademie nach sowjetischem Vorbild direkt dem Ministerrat unterstellt werde.³⁸ Ab Juli 1951 war mit der direkten Unterstellung unter die *Krone* das scheinbar größte Maß an Sicherheit erreicht – der Akademiepräsident stand protokollarisch im Rang eines Ministers. Die Akademie schied aus der Finanzhoheit des

³⁴ Zwar schmückten die Namen berühmter Physiker – Max von Laue, Erwin Schrödinger, Peter Debye, Ludwig Prandtl, Werner Heisenberg – die Mitgliederliste der DAW, jedoch waren sie nicht in Berlin anwesend. Sie wurden in der Akademie nicht aktiv, blockierten aber die entsprechenden Fachstellen. Die Physik wurde in den ersten Nachkriegsjahren vom Astrophysiker Hans Kienle (OM 1946) und vom Physikochemiker Karl-Friedrich Bonhoeffer (OM 1947) mit vertreten. Bonhoeffer wechselte bereits 1948 nach Göttingen, Kienle 1950 nach Heidelberg. Erst 1949 kamen mit Friedrich Hund und Rudolf Seeliger zwei Physiker in die Akademie. Sie nahmen jedoch am Akademieleben kaum teil. Hund ging 1951 nach Frankfurt/Main, Walter Friedrich (medizinische Physik) und Hans Ertel (Geophysik) – beide ebenfalls 1949 zu Mitgliedern gewählt – beschäftigten sich vor allen Dingen mit ihren Fachgebieten. Die große Gruppe der Direktoren physikalischer Institute der Akademie (Gustav Leithäuser, Friedrich Möglich, Robert Rompe, Ernst Lau, Otto Hachenberg, Ostap Stasiw) galt damals offensichtlich als noch nicht akademiewürdig und wurde nahezu vollständig ausgegrenzt.

³⁵ Der Anteil der nicht durch den Akademiehaushalt finanzierten Forschung betrug ca. 20 %. Die *staatlichen Forschungsaufträge* des ZFT konnten bei naturwissenschaftlichen Instituten bis zu 50 % der Mittel ausmachen.

³⁶ Vgl. Josef Naas, „Bericht über die Arbeit der Akademie in den Jahren 1950–1951“, in: *Jb. der DAW 1950–1951*, S. 73.

³⁷ Naas stellte 1951 fest: „Die Politik unserer Partei wurde stets von der Linie bestimmt, die Akademie der Wissenschaften zum Zentrum der staatlichen Forschungsarbeit zu machen und dementsprechend die Akademie zu fördern und zu unterstützen und ihren Mitgliedern und Mitarbeitern gegenüber besonders sorgsam zu verfahren (Abwanderung zu verhindern). Das ist die Linie unserer Politik, die es möglich machte, in den wenigen Jahren seit 1945 eine bedeutsame und leistungsfähige Forschungsstelle zu entwickeln. Diese Politik wird noch keineswegs genügend verstanden; das Unverständnis beginnt im Apparat unseres ZK, setzt sich in den staatlichen Verwaltungen, Ministerien usw. fort. Die Akademie muß einen täglichen Kampf gegen eine sektiererische Auffassung hinsichtlich der vorher erwähnten Linie der Politik unserer Partei führen.“ Josef Naas, Bericht über die Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin für das ZK der SED im Mai 1951. Vgl. SAPMO, ZPA, IV 2/9.04/372.

³⁸ SAPMO, ZPA, NL 182/932, NL Ulbricht: Naas, Briefe an Pieck, Ulbricht und Grotewohl vom 1. November 1950.

Volksbildungsministeriums aus und erhielt einen eigenen Haushalt.³⁹ Im Machtkampf mit dem Zentralamt entschied Ministerpräsident Otto Grotewohl Ende 1951: Die Akademie bleibt die „höchste wissenschaftliche Institution“, die sich aber in die „Planungsgrundlagen des Staates eingliedern muß“. Die Zahl ihrer Institute sollte „unangetaster“ bleiben und bei Meinungsverschiedenheiten zwischen Akademie und ZFT künftig „der Ministerrat entscheiden“.⁴⁰

Für diese Zusicherungen hatte die Gelehrtenegesellschaft nicht nur verstärkte Abhängigkeiten, wie z. B. die ungeliebte Planungshoheit des ZFT, akzeptieren müssen, sondern bereits im Vorfeld verschiedene Maßnahmen zur Effektivierung ihrer Tätigkeit beschlossen:

Erstens wurde das Präsidium gestärkt und zu einem Arbeitsgremium ausgebaut, indem ihm die bisher im Plenum behandelten Geschäfte übertragen wurden. Allerdings besaßen sowohl der Präsident wie auch jede Klasse das Recht, im Einzelfall auf dem bisherigen Verfahren zu bestehen.

Zweitens erhielt der Direktor größere Befugnisse. Er konnte die Unternehmungen der Akademie (Institute, Laboratorien, Kommissionen, Verwaltung u. a.) unter seiner Leitung zusammenfassen. Das hatte freilich in praxi nur für solche Unternehmungen Konsequenzen, an deren Spitze kein Akademiemitglied stand.

Drittens kam es durch die Einführung von Sektionen de facto zu einer Erweiterung der Klassen. Als Arbeitsorgane der Klassen sollten diese die wissenschaftlichen Arbeiten für die einzelnen Fachgebiete sowohl an der Akademie als auch an den Hochschulen und Universitäten koordinieren. Die Klassen konnten in die Sektionen neben Akademiemitgliedern auch namhafte Fachvertreter aus den Universitäten und aus der Industrie sowie Vertreter der staatlichen Institutionen berufen.⁴¹

Die Gelehrtenegesellschaft mußte aber bald weitere Konzessionen machen. Nachdem Stalin 1952 der Festigung der DDR den Vorrang vor anderen deutschlandpolitischen Konzeptionen eingeräumt hatte,⁴² wurde auch die Akademie sehr schnell endgültig zum inte-

³⁹ Der Ministerrat bestätigte am 12. Juli 1951 diesen Antrag. Vgl. Josef Naas, „Bericht über die Arbeit der Akademie in den Jahren 1950–1951“, in: *Jb. der DAW 1951–1952*, S. 72. Ulbricht persönlich hatte festgelegt, die Akademie direkt der Regierung zu unterstellen. Ulbricht informierte die für die Akademie eigentlich zuständigen Staats- und Parteifunktionäre Wandel, Oelßner und Hager am 22. Februar 1951 lediglich über seine Entscheidung und beauftragte sie, die notwendigen Partei- und Regierungsbeschlüsse vorzubereiten. Vgl. SAPMO, ZPA, IV 2/9.04/372.

⁴⁰ Otto Grotewohl, Protokoll einer Besprechung mit der Akademiespitze und Vertretern des ZFT am 28. November 1952, in: Manfred Heinemann, Quellenzusammenstellung für die Konferenz Hochschul- und Wissenschaftspolitik der SMAD in Gosen 1992, Bl. 206, und AAW Berlin, Bestand Akademieleitung, Nr. 665, Bl. 26–27; Grotewohl an den Präsidenten der Akademie vom 30. November 1951.

⁴¹ Sektionen gab es an der Akademie ab 1951. Ihre Arbeit wurde offiziell im Statut von 1954 geregelt. Vgl. Hans Wittbrodt, „Bericht“, in: *Jb. der DAW 1954*, S. 51. Bis 1965 wurden insgesamt 39 Sektionen gegründet, die teilweise wieder Unterkommissionen bildeten. Die 1953 gegründete Sektion Physik verfügte z. B. über zwölf Unterkommissionen.

⁴² Sichtbarer Ausdruck hierfür waren die Beschlüsse der II. Parteikonferenz der SED vom 9. bis 12. Juli 1952, die offiziell den *planmäßigen Aufbau des Sozialismus* in der DDR proklamierte.

gralen Bestandteil der SED-Politik. Die bisher mehrfach von der Akademie genutzte *Schutzfunktion* der sowjetischen Besatzungsmacht, also zuletzt der *Sowjetischen Kontrollkommission*, entfiel. Die SED verfügte ab 1952 zudem mit der Abteilung Wissenschaft des ZK unter Kurt Hager⁴³ über einen Apparat, der der Führung „des ideologischen Kampfes an der Akademie“ sofort große Aufmerksamkeit widmete.⁴⁴

Ab Herbst 1952 wurde über die Beteiligung „der Akademie am Aufbau des Sozialismus“ und eine dazu erforderliche Reorganisation der Akademie verhandelt – in der Gelehrten-gesellschaft,⁴⁵ innerhalb der SED-Führung⁴⁶ und schließlich zwischen der Akademieführung und der Staatsführung; letztere war allerdings entsprechend den Herrschaftsverhältnissen in der DDR nahezu identisch mit der SED-Führung.⁴⁷

Die Gelehrten-gesellschaft erzielte laut Protokoll „grundsätzliche Übereinstimmung darüber, dass die Akademie die Beteiligung am Aufbau des Sozialismus fest in die eigenen

⁴³ Nach 1945 gehörten verschiedene Gebiete der Wissenschaft zunächst zu den ZK-Abteilungen *Werbung und Schulung* sowie *Kultur und Erziehung*. Verantwortlich waren Anton Ackermann und Otto Meier. Von 1949 bis 1955 lag die Zuständigkeit für Wissenschaft und Propaganda bei Fred Oelßner. 1950 kam es unter seiner Regie zur Bildung der Abteilung *Kultur* mit dem Sektor *Wissenschaft und Hochschulen*, und Ende 1952 entstand die eigenständige Abteilung *Wissenschaften und Hochschulen* (ab 1957 Abteilung *Wissenschaften*) unter Leitung von Kurt Hager. Hager war vorher bei Oelßner Leiter der Abteilung *Partei-schulung/Partei-propaganda* gewesen. Nach der Ablösung von Oelßner übernahm er 1955 dessen Zuständigkeit für Wissenschaft als Sekretär des ZK und nach der Ablösung von Wandel als ZK-Sekretär für Kultur und Erziehung (1953–1957) – bis zu seiner eigenen Ablösung 1989 – auch dessen Zuständigkeitsbereiche.

⁴⁴ Über Ziele und Vorgehen vgl. SAPMO, ZPA, IV 2/9.04/377, Bl. 2: Aktenvermerk von Siegfried Langhans über die Besprechung am 28. Mai 1952.

⁴⁵ Vgl. AAW Berlin, P 1/2, S. 78: Sitzung des Plenums am 13. November 1952 und Sondersitzung der Akademie zu *Fragen der Beteiligung der Wissenschaft am Aufbau des Sozialismus in der DDR* am 22. und 23. Januar 1953 und Protokoll der Sondersitzung, in: ebd., Handbibliothek.

⁴⁶ Am 9. Oktober 1952 berief das Sekretariat des Politbüros der SED eine Kommission, die die Reorganisation der Akademie und die Zuwahl neuer Mitglieder vorbereiten sollte. Den Vorsitz hatte Paul Wandel. Weitere Mitglieder waren Kurt Hager, Werner Lange (ZFT), Ernst Lange (Zentrale Kommission für staatliche Kontrolle) und das Akademiemitglied Wolfgang Steinitz. Nach einer ZK-Sitzung am 13. November 1952 beschloß das Politbüro des ZK der SED schließlich im Januar 1953 *Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeit der Deutschen Akademie der Wissenschaften*. Vgl. SAPMO, ZPA J IV 2/3/330: Protokoll der Sitzung des Politbüros der SED vom 9. Oktober 1952; SAPMO, ZPA, J IV 2/3 A/323: Arbeitsprotokoll des Sekretariats des ZK der SED, Nr. 211; SAPMO, ZPA, J IV 2/2/258, Bl. 7, 75–78 (auch in IV 2/9.04/372, Bl. 37–48): Protokoll der Sitzung des Politbüros der SED vom 20. Januar 1953; SAPMO, ZPA, IV 2/9.04/372: Beschluß des Politbüros über Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeit der Deutschen Akademie der Wissenschaften vom Januar 1953.

⁴⁷ Am 26. November 1951 kam es auf Wunsch der Akademieleitung zu einer Aussprache mit Wilhelm Pieck. Pieck hatte Ulbricht, Wandel, Oelßner und Hager sowie den Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission, Bruno Leuschner, und den Leiter des ZFT, Werner Lange, hinzugezogen. Die Akademie war durch ihren Präsidenten Walter Friedrich (OM 1947), den Vizepräsidenten Hans Ertel (OM 1949), den Sekretar Karl Lohmann (OM 1949) und die Ordentlichen Mitglieder Erich Thilo (OM 1949), Hans Stubbe (OM 1949) und Wolfgang Steinitz (OM 1951) sowie den Akademiendirektor Josef Naas vertreten. SAPMO, ZPA, IV 2/9.04/369: Stenografisches Protokoll, 68 S.

Hände nehmen und die Aufgaben so wählen soll, daß einige vor der DDR stehende Hauptaufgaben durch die Wissenschaft und insbesondere durch die Akademie erledigt werden. [...] Es bestand bei den Mitgliedern Klarheit darüber, daß die in dieser Weise eingeleiteten Maßnahmen einen tiefen Wandel im Leben der Akademie bedeuten werden.⁴⁸

Die Politik machte die herausgehobene Position der Akademie und die weitere Steigerung der Zuflusses an Ressourcen von einer deutlichen Verbreiterung des Forschungsprofils und von der Aufnahme entsprechender Wissenschaftler in die Gelehrten-gesellschaft abhängig. Neben bisher wenig vertretenen Disziplinen, wie die Chemie oder die Physik, betraf dies vor allem die angewandte Forschung. Erstmals wieder nach der NS-Zeit spielte nicht nur die fachliche, sondern auch die politische Zusammensetzung der 30 Kandidaten eine wichtige Rolle. Nach der Wahl vom Februar 1953, in der 28 Kandidaten die erforderliche Stimmzahl erreichten, stieg der Anteil der SED-Mitglieder unter den am Akademieleben teilnehmenden Ordentlichen Mitgliedern von 10 auf 23 Prozent.⁴⁹ Während die Geistes- und Sozialwissenschaften – die *Gesellschaftswissenschaften* (wie man in der DDR kategorisierte) – mit 20 Mitgliedern in der Gelehrten-gesellschaft vertreten waren, hatten die Natur- und Technikwissenschaftler mit 46 Mitgliedern ein deutliches Übergewicht erreicht. Immerhin 26 von ihnen zählten zu den in den deutschen Akademien bisher kaum vertretenen technischen Wissenschaften und technisch orientierten Naturwissenschaftlern.⁵⁰ Es war also ein deutlicher erster Bruch in der Akademieentwicklung erreicht.

Nachdem die Position der Akademie bestimmt schien und erste Veränderungen eingeleitet waren, konnte die Akademie ihre Beratungen über eine neue Satzung wieder aufnehmen.⁵¹ In ihr sollten die seit dem Statut vom Herbst 1946 eingeleiteten Veränderungen berücksichtigt werden. Zum Studium der Arbeit der sowjetischen Akademie hatte allerdings vorher eine Akademiedelegation nach Moskau zu reisen. Dies geschah im September 1953 mit einem auch für spätere Besuche und Gegenbesuche sehr charakteristischen Ergebnis: Die deutschen Wissenschaftler waren begeistert von der Machtfülle der sowjetischen Akademie und erhielten ansonsten wenig konkrete Einblicke. Die sowjetischen Wissenschaftler, z. B. der sowjetische Akademiepräsident A. N. Nesmejanov warnten eher vor kritiklo-

⁴⁸ AAW Berlin, P 1/2, S. 78: Protokoll der Sitzung des Plenums vom 13. November 1952.

⁴⁹ Vgl. AAW Berlin, P 1/2 und zum SED-Anteil an den Ordentlichen Mitgliedern: Nötzoldt, *Steinitz und die Akademie*, S. 98.

⁵⁰ Berücksichtigt wurden hier von den insgesamt 107 OM nur jene 66, die *im allgemeinen regelmäßig* an den Akademieveranstaltungen teilnahmen. SAPMO, ZPA, IV 2/9.04/372, Bl. 2: Bericht über die Tätigkeit der Akademie im letzten Jahre von Anfang 1954.

⁵¹ Am 3. September 1953 setzte das Plenum eine *Statutenkommission* ein, der neben sechs neuen Mitgliedern (Binder, Frings, Wittbrodt, Bertsch, Dobberstein und Steinitz) noch neun Mitglieder der alten Kommission vom Sommer 1950 angehörten (Friedrich, Stroux, Ertel, Noack, Lohmann, Baumgarten, Hartung, Schmidt und Stubbe). Nicht wieder berufen wurden Brugsch, Franck, Grapow, Kegel, Mitscherlich, Rörig, Thilo, der als Direktor abgelöste Naas und der 1952 auf Druck seiner Westberliner Dienststelle ausgetretene Nordmann. Vgl. Hans Wittbrodt, „Bericht“, in: *Jb. der DAW 1952–1953*, S. 84.

sem Kopieren und stärkten das Nationalbewußtsein der „deutschen Wissenschaftler, die eine große Tradition und einen hohen Wissensstand vertreten“.⁵²

Neben den Reiseerfahrungen dürften jedoch vor allem die politischen Ereignisse im Zusammenhang mit dem 17. Juni 1953 dazu beigetragen haben, daß die im Statut fixierten Veränderungen deutlich hinter der im Politbürobeschuß der SED geforderten Reorganisation zurückblieben. Auf die sogenannten *bürgerlichen* Wissenschaftler – die noch als unverzichtbar galten⁵³ – habe die SED „seit einem Jahr einen zu starken Druck ausgeübt“, mahnte Akademiemitglied Wolfgang Steinitz im Sommer 1953: „Das Resultat ist, dass die schöpferische Initiative breiter wissenschaftlicher und künstlerischer Kreise erlahmt.“⁵⁴

Angesichts dieser Tatsachen und wegen der zeitweiligen Ratlosigkeit in der Machtzentrale der SED,⁵⁵ verlagerte sich das Geschehen wieder mehr in die Akademie. Allerdings hatte auch dort die Staatspartei bereits zwei ganz wesentliche Bastionen verstärkt, weil ihr Einfluß bisher schwach war: „Durch eine jahrelange negative Entwicklung bzw. Stagnation des Parteilebens trat der Fall ein, daß die Genossen nicht als Mitglieder der Partei auftraten bzw. aufzutreten wagten und den in großer Zahl vorhandenen bürgerlichen Mitarbeitern das Feld überließen.“⁵⁶ Bereits im Frühjahr 1953 waren deshalb sowohl der Akademie-direktor als auch der Parteisekretär der Akademiezentrale abgelöst worden. Neuer wissenschaftlicher Direktor der Akademie wurde mit dem Physiker und Techniker Hans Wittbrodt jener Mann aus dem *Zentralamt für Forschung und Technik*, der am vehementesten für die Einbindung der Akademie in das zentrale Planungssystem und für den bevorzugten Ausbau des naturwissenschaftlich-technischen Forschungspotentials gestritten hatte. Gleichzeitig wurde der Akademie „ein ständiger, freigestellter Parteiorganisator des ZK mit dem Recht eines Instruktors“ zugeteilt.⁵⁷ Dieser berief eine aus SED-Mitgliedern bestehende Fachkommission ein, die neben politischen Fragen „auch konkrete fachliche, wissenschaftsorganisatorische und kaderpolitische Probleme, die mit der Entwicklung von

⁵² Vgl. hierzu Reiseberichte von Friedrich und Wittbrodt sowie die Ausführungen von Steinitz im Juni 1955 vor dem ZK der SED über sein Gespräch mit A. N. Nesmejanov bei dessen Besuch der DAW 1954, abgedruckt in Nötzoldt, *Steinitz und die Akademie*, S. 302–308.

⁵³ Kurt Hager, der im ZK der SED für die Akademie zuständig war, setzte darauf, daß „die Hauptform der Veränderung der Akademie-Zusammensetzung [...] die Gewinnung von Akademie-Mitgliedern und -Mitarbeitern für die Partei sein [müsse – P. N.], da z. Zt. nur wenige Gen. Wissenschaftler für eine Wahl in die Akademie in Frage kommen.“ SAPMO, ZPA, IV 2/9.04/377, Bl. 19; Kurt Hager, Festlegungsprotokoll der Kontaktsitzung mit den Genossen der DAW am 13. November 1953.

⁵⁴ AAW Berlin, NL Steinitz, Nr. 71: Wolfgang Steinitz, Brief an die SED-Führung vom 20. Juli 1953.

⁵⁵ Bezeichnend für die zeitweilige Ratlosigkeit der SED-Führung nach den Ereignissen vom 17. Juni ist eine Äußerung des ZK-Mitgliedes Otto Buchwitz: „Was ist denn mit der höchsten Instanz unserer Partei hier los? Wir sitzen da, als hätten wir uns in die Hosen gemacht.“ SAPMO, ZPA, IV 2/1/117, Bl. 39; Stenographische Niederschrift der 14. Tagung des ZK der SED am 21. Juni 1953.

⁵⁶ SAPMO, ZPA, IV 2/9.04/372, Bl. 85: Bericht über die Tätigkeit der Akademie im letzten Jahre, Anfang 1954.

⁵⁷ Vgl. den Beitrag von Manfred Naumann in diesem Band. Vgl. SAPMO, ZPA, J IV 2/2/258, Bl. 74: Beschluß des Politbüros der SED vom 20. Januar 1953 (Zitat).

Instituten und Wissenschaftszweigen zusammenhängen, beriet“.⁵⁸ Es sollte allerdings bis 1969 dauern, ehe diese zentrale Parteieinrichtung an der Akademie als SED-Kreisleitung endgültig zum wirklichen Machtzentrum in der Akademie wurde. Aber bereits 1954 war der Einfluß der SED auf die Akademie so groß, daß die neue Satzung dem Plenum erst zur Beschlußfassung vorgelegt wurde, nachdem Kurt Hager den siebenten (!) Entwurf gebilligt hatte.⁵⁹ Das wiederum entsprach genau jenem Politbürobeschuß vom Januar 1953, wonach die Abteilung Wissenschaften des ZK die „systematische Anleitung und Kontrolle der Akademie sicherzustellen“⁶⁰ hatte.

Die neue Satzung von 1954 schrieb die bisher vollzogene Entwicklung der Akademie fest. So wurde die Zweigleisigkeit der Einrichtung – „eine Gemeinschaft hervorragender Gelehrter und Träger bedeutender Forschungsunternehmen“ zu sein – erstmals im Statut verankert. Das Statut garantierte die besondere Stellung der Akademie als „höchste wissenschaftliche Institution“, die eine „besondere Fürsorge des Volkes und des Staates“ genießt. Bestand hatte die 1951 vollzogene Abtrennung der laufenden Geschäfte vom Plenum. Dem Plenum der Ordentlichen Mitglieder – einschließlich der westdeutschen – blieben zumindest laut Satzung weiterhin die Entscheidungen in allen grundsätzlichen Angelegenheiten vorbehalten.⁶¹ Wessen *höchste wissenschaftliche Institution* die Akademie sein soll, sagte das Statut nicht. Von der DDR sprach es nicht. Die Tätigkeit der Akademie müsse der geistigen und materiellen Entwicklung *Deutschlands* dienen.⁶² Um der bereits erwähnten Funktion der Klassen als Steuerungsinstrumente der Forschung inner- und außerhalb der Akademie gerecht werden zu können, ging die Verantwortung für die Forschungseinrichtungen vom Direktor wieder auf die Klassen über. Die Klassen mit ihren Sektionen avancierten damit zum Hoffnungsträger und zum Kernstück der zentralen wissenschaftlichen Körperschaft der DDR.

Allerdings standen diese Erwartungen in krassem Widerspruch zur aktuellen Beurteilung der Situation in den Klassen. In einer internen Einschätzung hieß es, daß die wissenschaftlichen Vorträge zu speziell, teils auch zu uninteressant seien, so daß ein großer Teil der Mitglieder sich deutlich sichtbar langweile bzw. hinauslaufe. Oft würden nur organisatorische Fragen besprochen. Die Zusammenarbeit zwischen Klassen und Instituten sei, außer bei den Sprachwissenschaften, völlig ungenügend. Von einer Anleitung der Sektionen

⁵⁸ Vgl. Naumann, „Parteiauftrag“, S. 25f.

⁵⁹ Am 28. April 1954 fand eine Vorbesprechung zwischen Hager, Wittbrodt, Steinitz und anderen SED-Mitgliedern statt. Vgl. AAW Berlin, NL Steinitz, Nr. 72. Der Entwurf wurde am 29. April 1954 dem Plenum der DAW vorgelegt und nach der zweiten Lesung am 15. Mai 1954 von den Mitgliedern angenommen. Das neue Statut trat nach der Bestätigung durch die Regierung am 17. Juni 1954 in Kraft. Vgl. *GBL der DDR*, Nr. 62, 1954, S. 609ff.; abgedruckt auch in: *Jb. der DAW 1955*, S. 409–419.

⁶⁰ SAPMO, ZPA, J IV 2/2/258, Bl. 75: Protokoll der Sitzung des Politbüros der SED vom 20. Januar 1953.

⁶¹ Vgl. Statut von 1954, § 7, abgedruckt in: Hartkopf/Wangermann, *Dokumente*, S. 159.

⁶² Vgl. Statut von 1954, § 3, ebd.

durch die Klassen könne keine Rede sein.⁶³ Eine Verbesserung der Situation schien auf zwei Wegen möglich: *Erstens* durch eine deutliche Verbreiterung der schmalen wissenschaftlichen Basis in den Klassen und ihren Sektionen: 67 *mitarbeitenden* Mitgliedern in Berlin ständen „über 400 Mitglieder in der Sowjetunion gegenüber“, wurde von der Akademie argumentiert.⁶⁴ *Zweitens* durch eine Neustrukturierung der Klassen und deren verstärkte Feinstrukturierung nach Fachgebieten auf der Basis der Sektionen. 1954 erfolgte die Umbildung der Klassen; dabei wurde die Technik wieder mit den Naturwissenschaften verknüpft:

Klasse für Mathematik, Physik und Technik

Klasse für Chemie, Geologie und Biologie

Klasse für Medizin

Klasse für Sprachen, Literatur und Kunst

Klasse für Philosophie, Geschichte, Staats-, Rechts- und Wirtschaftswissenschaften.⁶⁵

Ein sichtbarer Erfolg stellte sich trotz der vollzogenen Veränderungen weder im gewünschten Umfang noch schnell genug ein – und das, obwohl ständig neue Maßnahmen von der Akademie und den staatlichen Instanzen beschlossen wurden.⁶⁶ Die zentrale Ressourcensteuerung über die Gelehrtenegesellschaft der Akademie und ihre Klassen erwies sich als zu schwierig. Das System wurde immer komplexer und die Wünsche der Politik stiegen beständig. Gleichzeitig blieb die Gelehrtenegesellschaft ein auf Lebzeiten gewählter, und damit wenig flexibler Zusammenschluß von oftmals sehr eigenwilligen Wissenschaftlerpersönlichkeiten. Das Zuwahlpotential blieb sehr schmal, denn nach einem Schub von 30 neuen Mitgliedern 1955 kamen in den nächsten fünf Jahren nur 15 weitere hinzu. In der Gelehrtenegesellschaft und in den Steuerungsgremien der Forschung – den Klassen und den Sektionen – wirkten die Mitglieder ehrenamtlich. Ein professionelles Forschungsmanage-

⁶³ Vgl. SAPMO, ZPA, IV 2/9.04/365, Bl. 21–22: Hans Wittbrodt, Entwurf über die Weiterentwicklung der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin, am 16. November 1953 an Kurt Hager geschickt.

⁶⁴ Ende 1953 gab die Akademie den Mitgliederbestand mit 107 OM an: davon 67 „mitarbeitende“ (57 aus der DDR und Ost-Berlin, 10 aus West-Berlin) und 40 die „so gut wie gar keine Verbindung“ zur Akademie haben (aus der BRD und dem Ausland). Die Zahl der mitarbeitenden OM war allerdings wesentlich geringer, da einige West-Berliner gar nicht und nicht wenige aus der DDR selten am Akademieleben teilnahmen. In den elf Sektionen und Arbeitskreisen mit insgesamt 230 Mitgliedern wirkten 42 OM mit. Ebd., Bl. 13ff.

⁶⁵ Die Klasse für landwirtschaftliche Wissenschaften war mit der Gründung der *Deutschen Akademie für Landwirtschaftswissenschaften* am 11. Januar 1951 aufgelöst worden. Die 1953 vorgesehene Klasse für Geologie, Bergbau und Metallurgie wurde nicht gebildet. Erst 1957 gründete die Akademie eine neue Klasse für Bergbau, Hüttenwesen und Montangeologie angesichts der drohenden Bildung einer Akademie für Montanwissenschaften in Freiberg.

⁶⁶ So beschloß die Akademie 1954 im Rahmen der neuen Satzung weitere Strukturänderungen. 1955 folgten Beschlüsse des Politbüros der SED (12. März) und des Ministerrates der DDR (18. Mai) zur weiteren Entwicklung und Verbesserung der Arbeit der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin. Abgedruckt in: Hartkopf/Wangermann, *Dokumente*, S. 497–510. Vgl. auch Landrock, *Deutsche Akademie der Wissenschaften*, S. 68.



Der bisherige Präsident Walter Friedrich (links) überreicht dem neuen Präsidenten Max Volmer am 16. Februar 1956 die Amtskette

ment an der Akademie fehlte entweder ganz oder es wurde – soweit sich Ansätze dazu herauszubilden begannen – beargwöhnt. Für eine kleine Gruppe von *führenden Wissenschaftlern* unter den Mitgliedern und Institutsdirektoren war es ohnehin entbehrlich, denn nicht wenige von ihnen beherrschten – unabhängig von einer etwaigen Parteizugehörigkeit – das Spiel mit der Macht ausgezeichnet. Hans Stubbe, Theodor Frings, Walter Friedrich und Robert Rompe beispielsweise trugen ihre Wünsche nicht nur der Akademieleitung vor, sondern sie wandten sich direkt an Pieck, Grotewohl oder Ulbricht. Dieses Vorgehen hatte Methode. Blieben in der Akademie Sparmaßnahmen unumgänglich, setzte die Akademieleitung bei jenen Wissenschaftlern den Rotstift an, die sich die notwendigen Mittel gegebenenfalls über ihre guten Beziehungen zu Partei und Staat selbst besorgen konnten.

Zu der sich aus dieser Gemengelage ergebenden faktischen Unregierbarkeit der Akademie kam der Konflikt zwischen den Disziplinen. Die Chemiker blickten mit Argwohn auf die Entwicklung der physikalischen Einrichtungen und umgekehrt. Die Montanwissenschaftler drohten mit der Gründung einer eigenen Fachakademie, um sich Gehör zu verschaffen.⁶⁷ Die Geistes- und Sozialwissenschaftler konnten nur schwer einsehen, daß ein

⁶⁷ Vgl. Walther, „Two to Tango“.

Ungleichgewicht bei der Ressourcenzuteilung zwischen ihnen und den Naturwissenschaften der internationalen Entwicklung entsprach. Dabei war gerade ihre Situation an der Akademie im internationalen Vergleich besonders günstig. Im Jahre 1955 forschten an der Akademie immerhin 263 Wissenschaftler im geistes- und sozialwissenschaftlichen und 587 im naturwissenschaftlichen Bereich.⁶⁸

3. Die gespaltene Akademie 1957–1963

Mitte der 1950er Jahre eskalierten die Spannungen innerhalb der Gelehrtenegesellschaft. Einige Chemiker prangerten eine „Cliquenbildung“ von Physikern an, die dazu führe, daß „hauptsächliches Augenmerk auf die Entwicklung der Physik gelegt wird, was eine Vernachlässigung der anderen Gebiete der Wissenschaft zur Folge hat“.⁶⁹ Deren Vertreter wiederum sah Bestrebungen des Vizepräsidenten für die Geistes- und Sozialwissenschaften, die „Akademie als Plattform, gewissermaßen als ‚Hausmacht‘, an sich zu reißen“.⁷⁰ Um ihre Interessen durchzusetzen, verbündeten sich Akademiemitglieder mit der SED-Führung und gegen sie. Zweckbündnisse orientieren sich dabei nicht notwendig an politischen Präferenzen, wie der Parteiapparat des ZK immer wieder beklagte.

Hinzu kam, daß die Spannungen mit den alten Konkurrenten wieder aufbrachen: „Es kann nur ein Kreis verantwortungsbewusster Fachleute über wissenschaftliche Probleme entscheiden. Diese Aufgabe liegt nur bei uns, weder beim Staatssekretariat für Hochschulwesen noch beim ZFT. Ebenso die Beiräte der Ministerien.“ Diese Institutionen aber „hemmen die Akademie und kritisieren sie“, so die Klage aus dem Akademiepräsidium im Februar 1956.⁷¹ „Seit drei Jahren sprechen wir darüber, werden immer heftiger und leidenschaftlicher; es geschieht nichts.“⁷² Und zu den Partnern in der Administration: „Es geht nicht an, daß ein junger Akademiker 2 Jahre nach dem Staatsexamen [...] in eine leitende Stellung kommt, dazu gehören 20-jährige Erfahrungen.“⁷³

Zehn Jahre nach der Wiedereröffnung der Akademie war wohl nicht nur den SED-Genossen innerhalb und außerhalb der Akademie klar, daß ihre Aufgabe, „die Wissenschaft in der DDR so zu entwickeln, daß sie das internationale Niveau der Wissenschaft erreicht, dabei gleichzeitig den Stand der westdeutschen Wissenschaft überflügelt und damit in höchstmöglichem Maße zur raschen ökonomischen Entwicklung unserer Republik bei-

⁶⁸ Vgl. Nötzoldt, *Steinitz und die Akademie*, S. 262.

⁶⁹ SAPMO, ZPA, IV A2/9.04/380, Bl. 33–34; Heinrich Bertsch und Hermann Neels in: Diskussion aus dem Seminar der leitenden Genossen der Akademie der Wissenschaften zu Berlin am 13. Januar 1956.

⁷⁰ So Robert Rompe am 5. September 1956 gegenüber der Abteilung Wissenschaften, in: SAPMO, ZPA, IV A2/9.04/297; Rudi Model (ZK-Abteilung), Information über die politisch-ideologische Arbeit des Genossen Prof. Dr. Wolfgang Steinitz, Zusammenfassung vom 5. Dezember 1957, S. 4f.

⁷¹ Günther Rienäcker, Februar 1956, in: AAW Berlin, NL Steinitz, Nr. 77: Protokoll einer Beratung des erweiterten Präsidiums der Akademie, S. 2.

⁷² Theodor Frings, ebd., S. 3.

⁷³ Johannes Dobberstein, ebd., S. 2.

trägt“⁷⁴ mit den vorhandenen Strukturen nicht erreicht werden konnte. Auch wenn erneut verschiedene Vorschläge zur Abhilfe unterbreitet wurden,⁷⁵ erwies sich die Gelehrten-gesellschaft unter den gegebenen Umständen als überfordert. Eine Gelehrten-gesellschaft mit einer Begrenzung von etwa 100 auf Lebenszeit gewählten Mitgliedern war kaum dazu geeignet, ein komplexes nationales Wissenschaftssystem zu steuern. Eine ähnliche Situation hatte es bereits zu Anfang des 20. Jahrhunderts gegeben, als die Akademie der stürmischen Entwicklung in den Natur- und Technikwissenschaften nicht folgen konnte und wollte.⁷⁶

Die Mitglieder der Klasse für Mathematik, Physik und Technik forderten daher 1956 ein nahezu vollständiges Herauslösen ihres Forschungspotentials aus der Akademie und die Neugründung einer *Leibniz-Gesellschaft zur Förderung von Naturwissenschaft und Technik*. Sie schlugen vor, in dieser Gesellschaft, die ähnlich wie die frühere *Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft* oder die *Max-Planck-Gesellschaft* in der Bundesrepublik aufgebaut sein sollte, die naturwissenschaftlich-technischen Institute der Akademie mit denen einiger Ministerien zu vereinigen.⁷⁷ Schließlich sei die Koordinierung der Forschungsarbeit durch die sowjetische Akademie auch dort ein „immer noch nicht befriedigend gelöstes Problem“. In den anderen Ländern Europas seien die Formen der Organisation der wissenschaftlichen Arbeit zwar stark unterschiedlich, aber: „Bemerkenswert ist, daß nirgends die überall bestehenden Akademien oder ähnliche Einrichtungen Träger von Forschungseinrichtungen – insbesondere naturwissenschaftlicher – wurden. Für die Anleitung und Verwaltung selbständiger Forschungsunternehmen wurden überall besondere Organisationen geschaffen.“⁷⁸

Im Grunde genommen wurde so die Rückführung der Akademie auf eine traditionelle deutsche Gelehrten-gesellschaft vorgeschlagen, die ein relativ großes geistes- und sozial-wissenschaftliches Forschungspotential und einige volkswirtschaftlich weniger wichtige

⁷⁴ SAPMO, ZPA, IV 2/9.04/16, Bl. 2: Bericht der Parteiorganisation der DAW vom 23. April 1956 über den Stand der Erfüllung des Beschlusses des Politbüros über die weitere Entwicklung der DAW (März 1955).

⁷⁵ So z. B. der Vorschlag, die Leitung der Forschungsinstitute den Klassen zu entziehen und sie drei Vizepräsidenten (Physik/Technik, Chemie/Medizin, Geisteswissenschaften) zu übertragen. Vgl. AAW Berlin, Bestand Akademieleitung, 665: Akademiedirektor Hans Wittbrodt an Kurt Hager vom 17. November 1955.

⁷⁶ Vgl. Nötzoldt, „Strategien“ und Fischer/Hohlfeld/Nötzoldt, „Berliner Akademie“.

⁷⁷ SAPMO, ZPA, IV 2/9.04/372, Bl. 118–120: Hans Wittbrodt, vertraulich an die Abteilung Wissenschaften des ZK der SED Anfang Dezember 1956: Gedanken zur weiteren Entwicklung der naturwissenschaftlich-technischen Institute der Deutschen Akademie der Wissenschaften. Beraten wurden die *Vorschläge auf der Klassensitzung vom 15. November 1956*. Zu den verschiedenen Varianten der Neustrukturierung der naturwissenschaftlichen Forschungen siehe auch die abgedruckten Dokumente in: WITEGA, *Geschichte der Forschungsgemeinschaft*, S. 10–39.

⁷⁸ Zitate aus AAW Berlin, Bestand Akademieleitung, Nr. 365: Zur Geschichte der Organisation wissenschaftlicher Arbeit vom 2. Januar 1957 (Autor unbekannt, Zusammenhang zum Vorgang aber durch Ablage eindeutig).

Institute wie Observatorien oder das Institut für physikalische Hydrographie betreuen sollte.⁷⁹

Das Vorhaben fand insbesondere bei den aus der Sowjetunion zurückgekehrten Spezialisten volle Unterstützung. Das galt vor allem für die beiden Physikochemiker Max Volmer und Peter Adolf Thiessen.⁸⁰ Der neue Akademiepräsident Max Volmer (1955–1958) hielt bereits nach einjähriger Erfahrung im Amt Veränderungen für dringend geboten. Peter Adolf Thiessen, der über einschlägige Erfahrungen aus seiner Tätigkeit im Dritten Reich und dann in der Sowjetunion verfügte,⁸¹ wurde zur *Lokomotive* des Vorhabens. Die Politiker konnten nur noch auf den fahrenden Zug aufspringen und sich beim Stellen der Weichen beteiligen.⁸²

Im Sommer 1957 wurde die *Forschungsgemeinschaft der naturwissenschaftlichen, technischen und medizinischen Institute der Deutschen Akademie der Wissenschaften* (fortan als *Forschungsgemeinschaft* bezeichnet) mit 39 bis dahin den Klassen unterstehenden Instituten – das größte hatte 530 und das kleinste drei Mitarbeiter – gegründet. Die Gelehrten-gesellschaft hatte dieser Gründung unter der Voraussetzung zugestimmt, daß die neue Forschungsorganisation ein Organ der Akademie unter der Obhut und sachlichen Dienstaufsicht der Akademie sei.⁸³ Die völlige Abspaltung von der Akademie verhinderten vor allem die Geistes- und Sozialwissenschaftler, die eine Marginalisierung der *Restakademie* fürchteten. Sie wurden von einigen älteren Akademiemitgliedern unterstützt, für die die „Bildung der Forschungsgemeinschaft ein erster Schritt zur Auflösung der DAW hinsichtlich ihres traditionellen Charakters“⁸⁴ war, wobei als *traditionell* nun schon die nach 1946 entstandene Form galt!

⁷⁹ Vgl. SAPMO, ZPA, IV 2/9.04/372, Bl. 118–120: Hans Wittbrodt, vertraulich an die Abteilung Wissenschaften des ZK des SED Anfang Dezember 1956: Gedanken zur weiteren Entwicklung der naturwissenschaftlich-technischen Institute der Deutschen Akademie der Wissenschaften.

⁸⁰ In den Dokumenten erscheinen auch die Physiker Gustav Hertz, Max Steenbeck und Paul Görlich als Befürworter. Vgl. SAPMO, ZPA, IV 2/9.04/412: Walter Freund, Bericht an das ZK der SED vom 7. Januar 1957 und Bericht über ein Gespräch mit Peter Adolf Thiessen am 17. Januar 1957, adressiert an Wissenschaftsabteilung ZK, Parteiorganisator DAW und Hans Wittbrodt. Vgl. auch SAPMO, ZPA, IV 2/9.04/412, Bl. 38–42: Maßnahmen zur strafferen Leitung und Kontrolle der naturwissenschaftlich-technischen Forschungseinrichtungen an der Deutschen Akademie der Wissenschaften. Das Material wurde von der Abteilung Wissenschaften des ZK (Hörnig) auf Grund der Vorschläge von Wittbrodt und Rompe erstellt. Siehe auch AAW Berlin, VA 13003: Protokoll der 1. Sitzung der Kommission Forschungsgemeinschaft am 20. Februar 1957.

⁸¹ Eibl, *Thiessen als Wissenschaftsorganisator*, Kapitel V und VII.

⁸² Vgl. hierzu Nötzoldt, *Steinitz und die Akademie*, S. 140–147.

⁸³ Vgl. SAPMO, ZPA, IV 2/9.04/412: Beschluß-Protokoll 22/57, Sitzung des erweiterten Präsidiums der DAW am 9. Mai 1957 (Zitat: ebd., Bl. 4); sowie Beschluß des Plenums der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin über die Bildung und Tätigkeit der Forschungsgemeinschaft der naturwissenschaftlichen, technischen und medizinischen Institute der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin vom 16. Mai 1957, in: Hartkopf/Wangermann, *Dokumente*, S. 515–517.

⁸⁴ Vgl. hierzu SAPMO, ZPA, IV 2/9.04/380, Bl. 113: Erklärungen von Walter Friedrich, Theodor Frings und Karl Lohmann zur Präsidiumssitzung am 2. Mai 1957.

Die Verbindung zwischen der Akademie und der Forschungsgemeinschaft erwies sich jedoch sehr schnell als lediglich formal. Nur einen Teil ihres Namens lieh sich die Neugründung mangels eigener Tradition von der Akademie. Die Forschungsgemeinschaft hatte völlig eigenständige Leitungsstrukturen und traf Entscheidungen, zu denen selbst im Präsidium der Gelehrtenengesellschaft „nicht einmal eine Meinung zu äußern sei, sondern lediglich eine Kenntnisnahme stattzufinden habe“.⁸⁵

Die Forschungsgemeinschaft war allerdings nur ein Schritt auf der Suche nach neuen Wegen. Fast zeitgleich beschloß der Ministerrat der DDR, einen eigenen *Beirat für naturwissenschaftlich-technische Forschung und Entwicklung (Forschungsrat der DDR)* zu bilden (fortan als *Forschungsrat* bezeichnet).⁸⁶ Der Passus, daß die Akademie, also die ursprüngliche Gelehrtenengesellschaft, das leitende Gremium des wissenschaftlichen Lebens in der DDR sei, sollte in dieser pointierten Form fallengelassen und der neugebildete Forschungsrat hierarchisch über die Akademie gestellt werden.⁸⁷ Der Forschungsrat durfte sich bei bestimmten Aufgaben sogar der Akademie bedienen, wie im Gründungsbeschluß des Ministerrates festgeschrieben war.⁸⁸ Es ist naheliegend, daß in dieser Konstruktion eine gewisse Spannung lag, zumal Akademiemitglieder nicht selten in Personalunion in beiden Gremien ihre Interessen durchzusetzen versuchten. Vorsitzender des Forschungsrates wurde Peter Adolf Thiessen.⁸⁹ Ihm stand als Apparat das nun nachgeordnete *Zentralamt für Forschung und Technik* zur Verfügung.⁹⁰

Übrig blieb 1957 die sogenannte *Restakademie* – die Gelehrtenengesellschaft und ein nicht unbeträchtliches geistes- und sozialwissenschaftliches Forschungspotential in der Zuständigkeit der entsprechenden zwei Klassen. Die anderen Klassen, bisher unersättliche Konkurrenten, verloren an Einfluß. Der alte Traum von einer *KWG der Geisteswissenschaften*, eine seit 1930 mehrfach erwogene Aufgabenstellung für die deutschen Akademien,⁹¹

⁸⁵ Das war zumindest das Fazit des Klassensekretars Karl Lohmann (Klasse Medizin 1954 bis 1961) nach dreijähriger Erfahrung. Vgl. AAW Berlin, NL Rompe, Nr. 27: Gerhard Dunken, Vermerk über die Präsidiumssitzung am 7. April 1960 vom 13. April 1960.

⁸⁶ Gründungsbeschluß des Ministerrates vom 6. Juni 1957 und Liste der Mitglieder des Forschungsrates veröffentlicht in: *Neue Wege*, S. 7 und 60f. Vgl. auch AAW Berlin, NL Rompe, Nr. 1: Protokoll der Arbeitstagung am 19. September 1957.

⁸⁷ SAPMO, ZPA, IV 2/9.04/372, Bl. 158: Rudi Model, Über die Lage und über offene Fragen im Bereich der DAW einschließlich der Forschungsgemeinschaft vom 27. Dezember 1957.

⁸⁸ Vgl. Gründungsbeschluß des Ministerrates vom 6. Juni 1957, in: *Neue Wege*, S. 7 und 60f.

⁸⁹ Peter Adolf Thiessen begleitete das Amt von 1956 bis 1965. Sein Nachfolger bis 1978 wurde der Physiker Max Steenbeck.

⁹⁰ Das *Zentralamt für Forschung und Technik* der Staatlichen Plankommission wurde im August zunächst formell aufgelöst und dann als *Zentrales Amt für Forschung und Technik* beim Forschungsrat etabliert. Die dem Amt obliegende Wissenschaftsplanung war damit auf die höhere Ebene des Ministerrates verlagert worden. Vgl. Scheler, *Akademie der Wissenschaften*, S. 46f.

⁹¹ Vgl. hierzu Nötzoldt, „Strategien“.

war ohne eigenes Zutun Realität geworden, wenn auch anders, als ehemals beabsichtigt. Auch im anderen Teil Deutschlands wurden ähnliche Vorstellungen diskutiert.⁹²

Im Osten Deutschlands erwies sich der nun erreichte Zustand für die Geistes- und Sozialwissenschaftler als günstig: Die ehrwürdige Institution Akademie garantierte ihnen eine hohe Reputation. Sie unterhielt gut dotierte Institute in diesen Fächern für mehr als 500 Forscher mit einem Gesamtetat von jährlich ca. 15 Millionen Mark – immerhin rund das Dreifache des Etats aller vier Wissenschaftsakademien der Bundesrepublik.⁹³ Die Institute wurden überwiegend von Wissenschaftlern mit dem Status eines Akademiemitgliedes geleitet. Entscheidungen handelte man unter sich in den Klassen aus – in einem elitären Zirkel von Wissenschaftlern, zu denen nach wie vor auch westdeutsche Mitglieder zählten. Das sicherte den ostdeutschen Wissenschaftlern weiter den Zugang zu den westlich geprägten *communities*. Die traditionellen akademischen Unternehmungen garantierten zudem eine stabile Zusammenarbeit mit den anderen deutschsprachigen Akademien, die seit Mitte der 1950er Jahre wieder vertieft wurde. Sogar eine Wiederbelebung des *Akademiekartells* der Vorkriegszeit stand zur Diskussion.⁹⁴

Von den Geistes- und Sozialwissenschaftlern wurde die *Restakademie* deshalb jahrelang zäh verteidigt – sehr zum Unmut der Politiker. Auch der neue Akademiepräsident konnte daran nichts ändern – und dies, obwohl 1958 mit dem Altertumswissenschaftler Werner Hartke erstmals ein SED-Mitglied das Amt übernahm, ausdrücklich mit dem Parteauftrag, „eine bessere Ordnung [...] in diesen [geistes- und sozialwissenschaftlichen – P. N.] Flügel der Akademie hineinzubringen“.⁹⁵ Das Ziel – diesmal allerdings von den Politikern vertreten – war, auch in diesem Bereich eine Institutsgemeinschaft zu schaffen. Lange Jahre schien das unmöglich, weil „sozial[istische] Kader für ein leitendes Gremium fehlten“ und

⁹² Der *Wissenschaftsrat* der Bundesrepublik fragte 1960 bei den Wissenschaftsakademien an, ob diese nicht für die Geisteswissenschaften eine ähnliche Rolle übernehmen würden, wie sie die MPG für die Naturwissenschaften einnähme. Damit würden im Bereich der Geisteswissenschaften zu gründende Forschungsunternehmen zukünftig von den Akademien zu betreuen sein. Vgl. AAW Heidelberg, Nr. 681/1: Anfrage des Vorsitzenden des Wissenschaftsrates Helmut Coing an den Vorsitzenden der *Arbeitsgemeinschaft der westdeutschen Akademien* Heinrich Bornkamm vom 6. Juli 1960.

⁹³ Die Angaben für die Berliner Akademie lassen sich in etwa aus den Jahrbüchern hochrechnen; auch wenn dort die Akademiezentrale und die geisteswissenschaftlichen Einrichtungen zusammen erfasst sind. Vgl. Jahrbücher der DAW und die entsprechende Tabelle in diesem Beitrag. Die Akademien in Göttingen, Heidelberg, Mainz und München hatten laut Wissenschaftsrat für 1961 einen Finanzbedarf von insgesamt 5.393.000 DM angemeldet, wovon allerdings nur 3.245.000 DM durch die Länder und den Bund gesichert waren. Vgl. Geschäftsstelle des Wissenschaftsrates, Übersicht über Aufgaben und Finanzbedarf der wissenschaftlichen Akademien vom 14. 12. 1960, AAW Heidelberg, 611/7.

⁹⁴ Vgl. AAW München 04/0-20, Westdeutsche Akademien, 1. Arbeitsgemeinschaft 1955–1961 sowie AAW Heidelberg, 611/6: Briefe vom 17. November 1955 von Johannes Kienle (Heidelberg) an Richard Wagner (München) sowie vom 14. November 1955 von Kurt Latte (Göttingen) an Adam Falckenstein (Heidelberg).

⁹⁵ Vgl. SAPMO, ZPA, IV 2/9.04/370, Bl. 54–55: ZK-Abteilung Wissenschaften: 24. Oktober 1959, Konzeption zur Aussprache mit leitenden Genossen der Akademie am 29. Oktober 1959.

prinzipiell bei den Wissenschaftlern keine Bereitschaft zur Bildung einer Forschungsgemeinschaft vorhanden war. Auf Kompromisse wollten sich die Politiker nicht einlassen: „aufgrund des gegenüber den Naturwissenschaften anderen Arbeitsgegenstandes der Gewi. [gemeint sind die Gesellschaftswissenschaftler – P. N.] muß diese Frage hier mehr vom Standpunkt der Parteilichkeit gesehen werden“.⁹⁶

Die *Forschungsgemeinschaft der naturwissenschaftlichen, technischen und medizinischen Institute* expandierte nach ihrer Gründung beträchtlich, wie ihr Anteil an den Budgets der Gesamtakademie verdeutlicht.⁹⁷

	1957	1958	1959	1960	1961	1962
<i>Mitarbeiter</i>						
Gesamtakademie	6.483	7.608	9.031	9.745	10.204	11.006
davon Forschungsgemeinschaft	5.462 (84 %)	6.383 (84 %)	7.432 (82 %)	8.607 (88 %)	9.005 (88 %)	9.801 (89 %)
<i>darunter Wissenschaftler</i>						
Gesamtakademie	1.280	1.615	1.705	2.063	2.208	2.374
davon Forschungsgemeinschaft	800 (63 %)	1.058 (66 %)	1.202 (71 %)	1.495 (73 %)	1.596 (73 %)	1.776 (75 %)
<i>Haushaltsmittel in Millionen DM-Ost</i>						
Gesamtakademie	76,4	99,4	111,0	128,2	146,0	156,7
davon Forschungsgemeinschaft	59,8 (78 %)	78,8 (79 %)	89,2 (80 %)	109,7 (85 %)	121,2 (83 %)	131,7 (84 %)
<i>Investitionen für Bau und Ausrüstungen in Millionen DM-Ost</i>						
Gesamtakademie	13,0	21,8	35,3	37,9	27,8	33,7
davon Forschungsgemeinschaft	11,3 (87 %)	20,4 (94 %)	33,4 (95 %)	35,5 (94 %)	27,1 (97 %)	33,1 (98 %)

Die dem internationalen Trend folgende Forcierung der naturwissenschaftlich-technischen Forschung führte innerhalb der Forschungsgemeinschaft zu einer deutlichen Verbreiterung des Forschungspotentials. Von 1957 bis 1962 stieg hier die Zahl der Institute

⁹⁶ SAPMO, ZPA, IV 2/9.04/372, Bl. 14: Rudi Model, Über die Lage und über offene Fragen im Bereich der DAW einschließlich der Forschungsgemeinschaft vom 27. Dezember 1957.

⁹⁷ Gesamtakademie beinhaltet hier: Gelehrten-gesellschaft, Akademiezentrale, geistes- und sozialwissenschaftliche Forschungseinrichtungen und Forschungsgemeinschaft. Quellen: *Jahrbücher der DAW* 1957–1962, dort Berichte des Generalsekretärs, für 1962 zusätzlich Bericht des Vorsitzenden der Forschungsgemeinschaft sowie: *Wissenschaftliche Leistungen und volkswirtschaftliche Wirksamkeit*, S. 68ff. (Die Angaben weichen teilweise von denen in den *Jahrbüchern der DAW* ab.)

von 39 auf 79 an. Aufgrund der begrenzten Ressourcen war eine solche Aufsplitterung des Forschungspotentials problematisch und führte zu ständiger Kritik. Andererseits schien sie unumgänglich, da es ja gerade eine der Gründungsabsichten gewesen war, in der Forschungsgemeinschaft auch jene Institute zu integrieren, die im anderen Teil Deutschlands eine Heimstatt in der industrienahen Fraunhofer-Gesellschaft⁹⁸ gefunden hatten. Bereits 1958 wurden einige bisher den Fachministerien unterstehende Einrichtungen an die Forschungsgemeinschaft angegliedert.⁹⁹ Für die Forschungsgemeinschaft bedeutete das eine stärkere Hinwendung zur anwendungsbezogenen Forschung und für die Industrie einen teilweisen Rückzug aus der wissenschaftlichen Forschung. Für beide hatte die Zentralisierung unter einem Dach fatale Folgen, da sie dem Innovationsdruck der folgenden Jahrzehnte ohne die Anschlußglieder in der Überführungskette zwischen Forschung und Produktion nicht standhalten konnten.

Ende der 1950er Jahre war von diesem Druck allerdings noch wenig zu spüren. Die Forschungsgemeinschaft verstand sich als die *Max-Planck-Gesellschaft Ostdeutschlands* und fühlte sich in erster Linie für die Grundlagenforschung zuständig. Für die angewandte Forschung war der Forschungsrat verantwortlich. Die neuen Großforschungseinrichtungen – zunächst für die Atomforschung – entstanden, genau wie in Westdeutschland, außerhalb der etablierten Forschungseinrichtungen. Erst 1963 wurden sie in die Forschungsgemeinschaft eingegliedert. Die Forschungsgemeinschaft und insbesondere ihre Institute konnten zu dieser Zeit noch weitgehend autonom darüber entscheiden, wie und in welchem Maße sie die von der Politik gewünschte Konzentration auf eine stärker anwendungsorientierte Grundlagenforschung umsetzen wollten.

Die Forschungsgemeinschaft und die Restakademie galten bei den Wissenschaftlern als eine erfolgreiche – in der Rückschau der Beteiligten oft als die erfolgreichste – Form der Organisation außeruniversitärer Forschung in der DDR. Der wichtigste Grund dafür war, daß die Selbständigkeit der Institute erhalten blieb. Die Klagen des Parteiapparates über deren zu große Autonomie, die es zu beseitigen gelte, bestätigten diese Sichtweise. In den Forschungseinrichtungen war der Einfluß der Staatspartei auch nach deren eigener Einschätzung gering geblieben. Ausnahmen bildeten nur einige geistes- und sozialwissenschaftliche Bereiche, wie die Wirtschaftswissenschaften, die Geschichte oder die Philosophie, wo 1960 mehr als 50 Prozent der Mitarbeiter der SED angehörten. Solche Zahlen mögen beeindruckend sein, ihre Aussagekraft relativiert sich jedoch durch den Umstand, daß gerade die Wirtschaftswissenschaften bei den Parteifunktionären als Hort der Aufsässigkeit und der Unzuverlässigkeit galten. Der SED-Anteil unter den Wissenschaftlern lag im geistes- und sozialwissenschaftlichen Bereich mit insgesamt 34 Prozent deutlich über dem

⁹⁸ Vgl. hierzu Trischler/vom Bruch, *Forschung für den Markt*.

⁹⁹ Vom *Ministerium für chemische Industrie* die Institute für organische Grundstoffchemie, für Chemie und Technologie der Plaste, für angewandte Radioaktivität, für physikalische Stofftrennung (alle Leipzig), vom *Ministerium für Berg- und Hüttenwesen* die Forschungsinstitute für metallische Spezialwerkstoffe (Dresden), für Aufbereitung (Freiberg).

Anteil von 16 Prozent bei der Forschungsgemeinschaft. Auch in der Gelehrtenegesellschaft, die zumindest bei der Besetzung von Führungspositionen noch nicht vollständig ausgeschaltet war und über die Klassen die geistes- und sozialwissenschaftliche Forschung steuerte, galt der Parteeinfluß als unbefriedigend. Selbst ein Anteil von 25 Prozent SED-Genossen unter den aktiven Akademiemitgliedern garantierte nicht unbedingt den gewünschten Zugriff auf die Akademie, da sich der Großteil von ihnen, zumindest in wissenschaftspolitischen Fragen, nicht vom Parteiapparat bevormunden ließ. Das hatte die Einführung der Kategorie *abweichlerische Genossen* zur Folge. Die Gründe für diese aus der Sicht der Staatspartei unbefriedigende Situation sahen sowohl die ZK-Abteilung Wissenschaften wie auch die SED-Aktivisten an der Akademie in den fehlenden zentralen Parteistrukturen und in der unzureichenden Arbeit der Parteigrundorganisationen.¹⁰⁰ Nach der Gründung einer zentralen Akademieparteileitung im Mai 1960¹⁰¹ und insbesondere nach dem Mauerbau im August 1961 änderten sich die Rahmenbedingungen allerdings sehr schnell.

4. Die sozialistische Forschungsakademie 1963–1972

4.1. Wissenschaftspolitische Rahmenbedingungen

In den 1960er Jahren lassen sich in allen Industrienationen einschneidende Veränderungen in der institutionellen Basis der Wissenschaft beobachten. Der Start des ersten künstlichen Satelliten *Sputnik I* 1958 hatte die westliche Welt schockiert und die östliche euphorisiert. Waren die Chancen zentralistischer Systeme mit ihren Möglichkeiten langfristiger Planung und der Bündelung der Kräfte in komplexen Großstrukturen vielleicht doch geeignet, im Wettstreit der Systeme entscheidende Vorteile zu erzielen? Die Gefahren des Kalten Krieges, die Furcht vor einer wissenschaftlichen Großmacht Sowjetunion und die westeuropäische Angst vor einer *technologischen Lücke* gegenüber den USA bewirkten sehr schnell eine aktive staatliche Forschungs- und Technologieförderung.¹⁰² Neue Typen institutionalisierter Wissenschaft – *big science* oder *Vertragsforschung* – entstanden oder expandierten. In der Bundesrepublik kamen nun neben den bekannten Institutionen MPG und DFG die neuen Großforschungseinrichtungen und die Fraunhofer-Gesellschaft auf. Gleichzeitig ließ sich eine administrative Institutionalisierung beobachten. Großbritannien berief bereits 1959 erstmals einen *Minister for Science*. Ende 1962 entstand in der Bundesrepublik

¹⁰⁰ Vgl. hierzu Nötzoldt, *Steinitz und die Akademie*, S. 159–168 und 171–180.

¹⁰¹ Am 7. März 1960 beschloß das Sekretariat des ZK der SED, im Zuge der Parteiwahlen eine Konferenz von Delegierten aus allen Berliner Einrichtungen der DAW einzuberufen und eine Akademieparteileitung wählen zu lassen. Die Delegiertenkonferenz fand am 13. Mai 1960 statt. Stellvertreter von Heinrich Scheel wurde hauptamtlich Gerhard Öhlmann (Chemiker, OM 1974) und weiterer hauptamtlicher Sekretär Werner Pfoh. Vgl. SAPMO, ZPA, IV 12/9.04/370, Bl. 65ff.

¹⁰² Vgl. hierzu Ritter/Szöllösi-Janze/Trischler, *Antworten*. Hier vor allem die Beiträge von Helmuth Trischler.

aus dem 1955 gegründeten *Atomministerium* das *Bundesministerium für wissenschaftliche Forschung*.

Die Erhebung der Wissenschaft zur *unmittelbaren Produktivkraft*¹⁰³ in der DDR wertete die Wissenschaft beträchtlich auf. Im Zeichen eines intensiven Wirtschaftswachstums sollte sie vor allem verwertbare Forschungsergebnisse liefern. Die langfristige Planung einer Einheit von Wissenschaft und Produktion wurde zum Kernpunkt jener Wirtschaftsreform in der DDR, die als *Neues Ökonomisches System* bekannt geworden ist.¹⁰⁴ Durch größere Freiräume eröffnete es kreativen Intellektuellen die Möglichkeit, sich stärker als bisher mit ihren Aufgaben zu identifizieren.¹⁰⁵ Schwieriger sah es bei den Geistes- und Sozialwissenschaften aus. Hier waren Konzepte zur Transformation der Gesellschaft in eine sozialistisch-kommunistische Ordnung gefragt. Jeder Vorstoß ins Neuland unterlag der Kontrolle und der Willkür der SED-Führung.

Diese stand allerdings selbst unter Erfolgsdruck. Das wirtschaftliche Gefälle, politische Repressionen, auch Abwerbungen u. a. ließen den Migrationsstrom von Ost nach West nicht abebben. An der Akademie bedeutete dies zwischen 1955 und 1961 einen Verlust von etwa zehn Prozent des wissenschaftlichen Potentials – 1,6 Prozent (1955), 1,4 Prozent (1956), 1,5 Prozent (1957), 3,2 Prozent (1958), 1,4 Prozent 1959, 1,8 Prozent (1960) und 3 Prozent (1961). Vor allem die Humanmedizin und die Naturwissenschaften waren betroffen.¹⁰⁶ Um gegenzusteuern, hatte Walter Ulbricht auf dem V. Parteitag der SED 1958 als Ziel verkündet, den westdeutschen Pro-Kopf-Verbrauch an den wichtigsten Konsumgütern bis 1961 zu übertreffen.¹⁰⁷ Die Realität sah jedoch ganz anders aus. Die DDR befand sich in einer schweren wirtschaftlichen Krise.¹⁰⁸ Und mit dem Bau der Mauer war der Zwang zum Erfolg noch größer geworden: „Schlagartig entstand damit eine Situation, in der die Partei- und Staatsführung der DDR praktisch alle überhaupt kontrollierbaren Variablen der Gesellschaft zu ihrer Disposition hatte. Von nun an konnte sie die für Mißerfolge gängige Erklärung, diese seien äußeren Störungen von Seiten des *Gegners* geschuldet, nicht mehr überzeugend benutzen. Es war gewissermaßen gewaltsam ein experimentelles Terrain geschaffen worden, auf dem sich erweisen mußte, wie leistungsfähig der vorliegende sozialistische Ansatz tatsächlich war.“¹⁰⁹

¹⁰³ Offiziell verkündet wurde diese ideologische Neuinterpretation zum XXII. Parteitag der KPdSU im Oktober 1961 und in der DDR zum VI. Parteitag der SED im Januar 1963. Vgl. insbesondere „Programm der SED. Die Rolle der Wissenschaft bei der umfassenden Verwirklichung des Sozialismus“, in: *Einheit*, 1963, Heft 1, S. 44.

¹⁰⁴ Vgl. Lauterbach, *Wissenschaftspolitik*, S. 79, und Steiner, *DDR-Wirtschaftsreform*, Kapitel 4 und 5.

¹⁰⁵ Laitko, „Reformpaket“, S. 40.

¹⁰⁶ Vgl. SAPMO, ZPA, IV 2/9.04/370, Bl. 52, und Nr. 384, Bl. 111, 210, 247, 251, sowie AAW Berlin, VA 5684.

¹⁰⁷ *Protokoll des V. Parteitages der SED*, S. 70.

¹⁰⁸ Vgl. Weber, *DDR*, S. 53–56.

¹⁰⁹ Laitko, „Reformpaket“, S. 39.

Vor diesem Hintergrund kann es nicht verwundern, daß Anfang der sechziger Jahre eine erneute Reorganisation des gesamten Wissenschaftssystems in der DDR in Angriff genommen wurde. Die Initiative ging diesmal vom Partei- und Staatsapparat aus.

In den Jahren 1961/62 erhielt zunächst der Forschungsrat erweiterte Aufgaben und höhere Vollmachten. Sein Apparat wurde zum *Staatssekretariat für Forschung und Technik* aufgewertet, der Staatssekretär erster Stellvertreter des Vorsitzenden des Forschungsrates, die Zahl der Mitarbeiter auf 259 nahezu verdoppelt. Das Staatssekretariat war für die Realisierung der Festlegungen des Forschungsrates zuständig und erhielt gegenüber den dem Forschungsrat nachgeordneten Institutionen Weisungsrecht. Die Forschungsgemeinschaft der Akademie kam offiziell unter die Oberhoheit des Forschungsrates. Sie wurde davon zunächst allerdings nur wenig berührt, was nicht zuletzt am sogleich einsetzenden Kompetenzgerangel zwischen Forschungsrat und Staatssekretariat lag.¹¹⁰

Wohin das Vorhabens zielte, was also auf die Akademie zukommen würde, verdeutlichen jedoch die neuen politischen Zuständigkeiten und die schon bald sichtbaren personellen Weichenstellungen. Die neue Aufgabenstellung des Forschungsrates handelten die beiden Ressorts *Wirtschaft* und *Wissenschaft* des ZK der SED mit dem Vorsitzenden des Forschungsrates aus.¹¹¹ Die politische Zuständigkeit über den Forschungsrat erhielt das Ressort *Wirtschaft* mit der dort ansässigen *ZK-Abteilung Forschung und technische Entwicklung*. Zuständiger ZK-Sekretär wurde im Sommer 1962 Günter Mittag als Nachfolger von Erich Apel, dem Spiritus rector des *Neuen Ökonomischen Systems*.¹¹² Für die Akademie hatte dies die Konsequenz, daß nun mindestens zwei (Wirtschaft und Wissenschaften), wegen der gesamtdeutschen Funktion der Akademie sogar drei, teils rivalisierende ZK-Abteilungen in sie *hineinzuregieren* versuchten.

Das erste sichtbare Zeichen der Neuorientierung war eine Vergrößerung des Forschungsrates, wobei die Anzahl der Mitglieder aus der Industrie deutlich stieg.¹¹³ Zum Staatssekretär wurde zunächst mit dem Akademiemitglied und vorherigen Leiter der Forschungsgemeinschaft Hans Frühauf ein renommierter Wissenschaftler mit Industrieerfahrung bestellt. Ihn ersetzte nach weniger als einem Jahr Amtszeit Herbert Weiz, ein 39jähriger Ökonom, der sich bisher als Wirtschaftslenker Verdienste erworben hatte. Diesem weiteren deutlichen Zeichen war heftige Kritik an der Tätigkeit des Forschungsrates vorausgegangen.¹¹⁴ Im Januar 1962 hatte der Ministerrat verordnet: „Die staatliche Plankommission

¹¹⁰ Hierzu ausführlich Tandler, *Geplante Zukunft*, Kapitel 5.

¹¹¹ Beratungen zwischen Erich Apel (Leiter der Wirtschaftskommission beim Politbüro des ZK der SED), Kurt Hager (ZK-Sekretär für Wissenschaft, Volksbildung und Kultur), deren Mitarbeitern und Peter Adolf Thiessen fanden im April 1961 statt. Siehe Tandler, *Geplante Zukunft*, S. 133f. Der entsprechende Politbürobeschuß datiert vom 15. Mai 1961.

¹¹² Vgl. „Richtlinie für das neue ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft“, in: *GBL der DDR*, Teil II, Nr. 64, 1963, S. 453ff.

¹¹³ Vgl. SAPMO, ZPA, IV A 2/2021/630, Bl. 5–16: Erich Apel, Kurt Hager, Peter Adolf Thiessen u. a., Vorlage für das Politbüro des Zentralkomitees, 13. Oktober 1961.

¹¹⁴ Walter Ulbricht, 14. Plenum des ZK der SED im November 1961, Referat, in: *Neues Deutschland* vom 28. November 1961, S. 4.

stellt dem Forschungsrat [...] Aufgaben.¹¹⁵ Die angestrebte Degradierung des Forschungsrates zum Hilfsorgan der Administration konnte niemand mehr übersehen.¹¹⁶

Welche Rolle war unter den neuen Umständen der Akademie zgedacht? Wie verhielt sich die Gelehrtenngesellschaft?

Die Meinungen von Mitgliedern der Gelehrtenngesellschaft zur zukünftigen Rolle der Akademie im Wissenschaftsgefüge der DDR waren sehr konträr: Akademiepräsident Werner Hartke erstrebte „ein einziges sachkundiges zentrales Organ mit ausreichender Exekutivngewalt im gesamten Bereich der Wissenschaft“ unter der Ägide der Akademie, in dem alle Wissenschaften wieder „vereint behandelt werden“.¹¹⁷ Er schloß eine Neukonstituierung der Akademie nicht aus. Seine Vorstellungen reichten bis hin zu einer vollständigen Auflösung der alten Akademie.¹¹⁸ Peter Adolf Thiessen, Akademiemitglied und Vorsitzender des Forschungsrates, beanspruchte die Institute der Forschungsgemeinschaft für den Forschungsrat.¹¹⁹ Die Gelehrtenngesellschaft sollte den Status eines *wissenschaftlichen Mitgliedes* einführen, um mehr Wissenschaftler aus der Industrie an die Akademie zu binden.¹²⁰ Robert Rompe, Klassenvorsitzender und Vorstandsmitglied der Forschungsgemeinschaft, hingegen befürchtete bei Thiessens Konzept eine Vernachlässigung der Grundlagenforschung und schlug deshalb vor, daß die *langfristige Grundlagenforschung* bei der Akademie verbleibt, während die *gezielte Grundlagenforschung* über den Forschungsrat an die entsprechenden Industriezweige delegiert werden sollte. Lediglich der Vizepräsident für die Geistes- und Sozialwissenschaften, Wolfgang Steinitz, wünschte keine einschneidenden Veränderungen.¹²¹

Im ZK-Apparat war nun die radikalste Meinung, „daß es am zweckmäßigsten wäre, zu der Akademie in der ursprünglichen Form einer Gelehrtenngvereinigung [...] zurückzukehren“. Doch sei dieser Schritt, „der logisch richtig wäre, wohl im Augenblick nicht zu reali-

¹¹⁵ SAPMO, ZPA, NL Thiessen, Nr. 11: Ordnung der zentralen Planung und Organisation der wissenschaftlich-technischen Arbeit der DDR vom 18. Januar 1962, S. 3. Veröffentlicht in: *GBL der DDR*, Teil II, Nr. 8 vom 5. Februar 1962, S. 61. Vorausgegangen war der übliche Beschluß des Politbüros der SED, Sitzungsprotokoll vom 09./10. Januar 1962 (vgl. SAPMO ZPA J IV 2/2A/910).

¹¹⁶ SAPMO, ZPA, IV 2/1/267, Bl. 154ff.: Peter Adolf Thiessen, 15. Plenum des ZK der SED im März 1962, Protokoll. Hierzu insgesamt ausführlich Eibl, *Thiessen als Wissenschaftsorganisator*, Kapitel VIII.

¹¹⁷ Vgl. SAPMO, ZPA IV 2/904/373, Bl. 249–259: Werner Hartke vom 24. April 1961. Das Verhältnis der Akademie zu den Hochschulen (hier Bl. 257).

¹¹⁸ Vgl. SAPMO, ZPA, IV 2/9.04/372, Bl. 400: Werner Hartke, Beratung bei Kurt Hager am 22. Juni 1962.

¹¹⁹ Wesentliches aus der Beratung mit den Genossen der DAW am 12. Februar 1962, Aufzeichnung für Hannes Hörnig, Abteilung Wissenschaften des ZK der SED, SAPMO, ZPA, IV 2/9.04/370, Bl. 95.

¹²⁰ Vgl. Betr. Prof. Thiessen, 13. Juli 1961, SAPMO, ZPA, NL 182 Ulbricht, Nr. 980, Bl. 73.

¹²¹ Vgl. zu Rompe und Steinitz: SAPMO, ZPA, IV 2/9.04/370, Bl. 95: Wesentliches aus der Beratung mit den Genossen der DAW am 12. Februar 1962, Aufzeichnung für Hannes Hörnig, Abteilung Wissenschaften des ZK der SED.

sieren“. Die Forschungseinrichtungen könne man nicht völlig der Akademie entziehen. „Um den Charakter der Akademie zu wahren, der sich in den sozialistischen Ländern herausgebildet hat“, müsse an dieser Verbindung festgehalten und eine Form einer zentralen Leitung gefunden werden.¹²²

Das Ziel hieß *Forschungsakademie – sozialistische Forschungsakademie*. Diese sollte sich auf Grundlagenforschung in Schwerpunktbereichen konzentrieren und Institute mit anderem Profil abgeben, z. B. an die Industrie. Vorgesehen waren die Gliederung in zwei selbständige Institutsgemeinschaften – neben der Forschungsgemeinschaft eine *Arbeitsgemeinschaft der geistes- und sozialwissenschaftlichen Einrichtungen*. Die Forschungsgemeinschaft unterstand dem Forschungsrat und geriet damit gleichzeitig in große Nähe zum Staatssekretariat für Forschung und Technik. Für die Geistes- und Sozialwissenschaften sollte künftig „die Hauptorientierung [...] von der Partei kommen“ und der geforderten Forschungsplanung „die bestätigten Pläne der Parteiführung zugrunde“ liegen. Nur die „Alttertumswissenschaften müssen die Linie“ von der Gelehrtengesellschaft erhalten. Aber auch die Gelehrtengesellschaft hatte sich zu verändern. Anvisiert wurde eine radikale Verjüngung, also der Einzug der „neuen Intelligenz“.¹²³ Freie Stellen schienen sich leicht schaffen zu lassen, denn in einer „sozialistischen Forschungsakademie“ war kein Platz mehr für die westdeutschen und West-Berliner Ordentlichen Mitglieder – das betraf immerhin noch 44 von 138 Mitgliedern. Sie waren künftig „wie ausländische Mitglieder zu behandeln und folglich in den Stand von korrespondierenden (ohne Stimmrecht) zu versetzen“.¹²⁴ Suspekt erschienen nun auch die gemeinsamen Vorhaben mit den westdeutschen Akademien. Kurt Hager: „Das kann man nicht mit einem Ruck verändern. [...] Wir müssen die Dinge so hinbringen, daß die westdeutsche Seite es ablehnt, weiter mitzumachen.“¹²⁵

Kurt Hager formulierte den Platz und die Aufgaben der Akademie im Juni 1962 folgendermaßen: „Die DAW mit all ihren Einrichtungen, Mitteln, Kapazitäten und Kräften muß sich voll und ganz an der Verwirklichung des Sozialismus in der DDR beteiligen. Sie muß den Charakter einer sozialistischen Akademie erhalten; sie muß auf das engste mit der Praxis, v. a. mit der Produktion, verbunden sein. Die DAW muß einen unmittelbaren und ständig wachsenden Beitrag zum wissenschaftlich-technischen Fortschritt leisten, muß wesentlich zur Weiterentwicklung des sozialistischen Bewußtseins und zur sozialistischen Nationalkultur beitragen. Sie muß in ihrer gesamten Orientierung danach streben, uns auf

¹²² SAPMO, ZPA, IV 2/9.04/372, Bl. 414–415: Bemerkungen zur Beschlußvorlage über die Rolle, Aufgaben und die weitere Entwicklung der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin, behandelt auf der Sitzung des Politbüros des ZK der SED am 10. Juli 1962, ohne Namenangabe in den Unterlagen der ZK-Abteilung Wissenschaften vom Sommer 1962.

¹²³ SAPMO, ZPA, IV 2/9.04/372, Bl. 395, 398 und 403–404: Kurt Hager, Diskussion über den Entwurf des Beschlusses „Die Rolle, die Aufgaben und die weitere Entwicklung der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin in der DDR“ am 22. Juni 1962.

¹²⁴ Vgl. SAPMO, ZPA, IV 2/9.04/370, Bl. 137: Konzeption der ZK-Abteilung Wissenschaften für die Aussprache mit leitenden Genossen der DAW vom 13. Februar 1962.

¹²⁵ SAPMO, ZPA, IV 2/9.04/372, Bl. 397: siehe Anm. 123.

den verschiedensten Gebieten der Wissenschaft die Überlegenheit gegenüber Westdeutschland zu sichern, damit wir diesen Wettbewerb mit Westdeutschland auch auf wissenschaftlich-technischem Gebiet nicht nur bestehen können, sondern ihn gewinnen.“¹²⁶

Das Politbüro des ZK der SED bestätigte die von den Parteiapparaten des ZK und der Akademie ausgearbeitete Konzeption zur Reorganisation im Sommer 1962 jedoch überraschenderweise nicht sofort. Walter Ulbricht schien die Ausgrenzung der westlichen Mitglieder – und damit das Verschwinden der nationalen Mission der Akademie – angesichts erhoffter Entspannungspolitik taktisch unklug; ebenso die Bezeichnung „sozialistische“ Akademie. Die Vorlage mußte überarbeitet werden und angeordnet wurde: „Der Name Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin bleibt bestehen.“¹²⁷

4.2. Schritte zur sozialistischen Forschungsakademie 1963–1967

Das neue Statut der Akademie, das nun von den Parteiapparaten ausgearbeitet und im Mai 1963 von der Gelehrtenegesellschaft beschlossen wurde,¹²⁸ sah für die Akademie eine Doppelfunktion vor. Zum einen sollte die Akademie als „Hebel beim umfassenden Aufbau des Sozialismus in der DDR“ und zum anderen als „Brücke zu Westdeutschland“ fungieren. Festgeschrieben wurde die Trennung der Institute, Arbeitsstellen, Forschungseinrichtungen und Sektionen [!] von den Klassen und die Einführung des *demokratischen Zentralismus* in den von den Klassen abgetrennten Bereichen.¹²⁹ Damit verabschiedete sich die Akademie endgültig von der Idee von 1945/46, daß die Gelehrtenegesellschaft einer hochangesehenen Wissenschaftsakademie die außeruniversitäre Forschung kompetent organisieren könne. In der *Forschungsakademie* wurde die Gelehrtenegesellschaft endgültig isoliert. Bis 1968 blieb ihr noch die Funktion einer gesamtdeutschen Klammer, danach verlor sie auch die.

1964 entstand die *Arbeitsgemeinschaft der gesellschaftswissenschaftlichen Institute und Einrichtungen der DAW* (fortan als *Arbeitsgemeinschaft* bezeichnet). Diese Arbeitsgemeinschaft und ebenso die Forschungsgemeinschaft übernahmen von den Klassen die Sektionen. Beide hatten eigenständige Leitungen. Allerdings existierte bereits seit 1960 eine

¹²⁶ Ebd., Bl. 391.

¹²⁷ Vgl. SAPMO, ZPA, JIV 2/2A/910/911: Protokoll der Sitzung des Politbüros der SED vom 17. Juli 1962. Das Politbüro beauftragte Werner Hartke, Erich Apel und den parteilosen Peter Adolf Thiessen mit der Überarbeitung der Vorlage. Die Rolle von Walter Ulbricht schilderte Wolfgang Steinitz in einem Brief an den Generalsekretär der Akademie Günther Rienäcker vom 6. April 1966 (vgl. AAW Berlin, NL Steinitz, Nr. 37).

¹²⁸ Das neue Statut wurde auf der Gesamtsitzung am 2. Mai 1963 beschlossen. Die künftige Aufgabenstellung im „Beschuß des Ministerrates der DDR über Rolle, Aufgaben und die weitere Entwicklung der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin“ vom 27. Juni 1963 festgeschrieben. Beides abgedruckt in: Hartkopf/Wangermann, *Dokumente*, S. 166–177, 518–523.

¹²⁹ Vgl. SAPMO, ZPA, IV A2/9.04/298: Protokoll der Akademieparteilung vom 20. März 1963 über die Sitzung am 19. März 1963.



Ankunft einer Delegation der DAW aus der UdSSR Anfang Dezember 1966 in Berlin-Schönefeld
u. l. n. r.: NN, Fred Oelfner, NN, Werner Hartke, Hermann Klare, Kurt Ziert, Karl Bichtler,
Leo Stern, Robert Rompe

wirklich *zentrale Leitung* für die gesamte Forschungsakademie: die *Zentrale Akademieparteileitung*. Alle wichtigen Entscheidungen wurden dort vorberaten und mit dem ZK-Apparat abgestimmt. Das Verknüpfen der Apparate ermöglichte eine ganz neue Qualität der Steuerung, die die bisherige, oft wenig wirksame, personenbezogene Einflußnahme über die *Genossen Akademiemitglieder* ersetzte.¹³⁰

Zur Arbeitsgemeinschaft wurden 23 Institute zusammengefaßt. Die Institute sollten sich an Stelle von Forschungsschwerpunkten „für die nächsten hundert Jahre“¹³¹ solchen Vorhaben widmen, die der wissenschaftlichen Leitung und Planung der sozialistischen Gesellschaft nützten.¹³² Die Forschungsschwerpunkte hatte die *Ideologische Kommission beim Politbüro des ZK der SED* zu bestimmen,¹³³ und die Abteilung *Wissenschaften* des ZK

¹³⁰ Hierzu ausführlich Nötzoldt, *Steinitz und die Akademie*, S. 209–220.

¹³¹ Vgl. SAPMO, ZPA, IV A2/9.01/1ff., Protokoll-Nr. 63/1, 2, 8, 31: Walter Ulbricht, Protokoll der Sitzung der Ideologischen Kommission beim Politbüro des ZK der SED vom 4. Februar 1963, S. 22f., 25 und 73 sowie Arbeitsplan der Kommission; Sitzungen am 18. Februar, 22. Februar und 18. Dezember 1963.

¹³² Vgl. Leo Stern, „Probleme der Arbeitsgemeinschaft der gesellschaftswissenschaftlichen Institute und Einrichtungen“, in: *Jb. der DAW 1964*, S. 131.

¹³³ Die Ideologische Kommission – eine Art *Forschungsrat für die geisteswissenschaftliche Forschung der DDR* unter dem Vorsitz von Kurt Hager – hatte „unter Mitarbeit der Gesellschaftswissenschaftler den Perspektivplan als Teil des Planes der ideologischen Arbeit und der Jahrespläne der gesellschaftswissenschaftlichen Forschung auszuarbeiten“. Vgl. SAPMO, ZPA, IV A2/9.01/11, Protokoll-Nr. 2/65: Vorlage an das Politbüro des ZK der SED vom 22. Januar 1965, Beschluß über die Veränderung der Arbeitsweise und die Zusammensetzung der Ideologischen Kommission beim Politbüro des ZK der SED, S. 8.

sollte die Gesamtleitung der geistes- und sozialwissenschaftlichen Forschung übernehmen.¹³⁴ Das blieb jedoch eine Fiktion. Die Realität erwies sich als komplizierter. Gleichwohl wurden eine Rangfolge der Forschungsvorhaben in den Geistes- und Sozialwissenschaften durchgesetzt und die Grundlagen für spätere Strukturen geschaffen.¹³⁵ Der Grad der Pressionen und die Dialogunfähigkeit der SED-Führung zu dieser Zeit läßt sich aus den Tagebuchaufzeichnungen eines Beteiligten erahnen. Jürgen Kuczynski notierte 1966: „Die Stimmung an der Akademie ist fürchterlich und die Partei voller Illusionen. [...] Die wissenschaftlichen Leistungen werden sich unter diesen Umständen kaum verbessern. [...] Die Führung und der Apparat benehmen sich der Intelligenz gegenüber wie Bastarde von wildgewordenen Spießbürgern und Elefanten im Porzellanladen. [...] Seit Jahren war die Parteispitze nicht so isoliert von der Intelligenz wie heute.“¹³⁶

Die Hauptsäule der Forschungsakademie blieb die den Natur- und Technikwissenschaften gewidmete Forschungsgemeinschaft. Ihr galt das Hauptaugenmerk der Politiker, sollten doch ihre Forschungsinstitute entscheidend dazu beitragen, den technologischen Rückstand zum anderen deutschen Teilstaat zu verringern. Schon der Blick auf das Ziel schien den Weg zu weisen – auch die Bundesrepublik versuchte gerade, die *technologische Lücke* gegenüber den USA zu verringern. Eine in gewissem Sinne vergleichbare Hinwendung zu einer „aktiven staatlichen Forschungsplanung“ ließ sich auch dort feststellen.¹³⁷ Dieser Umstand und die in der DDR propagierte Wissenschaftsgläubigkeit stärkten die bei Wissenschaftlern und Politikern im Osten Deutschlands durchaus verbreitete Hoffnung, daß ein zentralistisches System eher in der Lage sei, die entstandenen technologischen Herausforderungen zu bewältigen. Das dürfte zumindest teilweise erklären, warum nicht nur der SED verbundene Wissenschaftler, sondern auch einige sehr angesehene parteilose Akademiemitglieder, wie der Vorsitzende des Forschungsrates Peter Adolf Thiessen (1957 bis 1965), sein Nachfolger Max Steenbeck (1966–1982) und der Vorsitzende der Forschungsgemeinschaft Hermann Klare (1961–1968, danach Präsident der Akademie 1968 bis 1979) ganz vehement die künftige Entwicklung vorantrieben. Dies durchaus auch mahnend, wie z. B. Steenbeck 1964 vor der Akademie: „Wissenschaftliche Arbeit braucht Menschen und braucht Geld. Beides haben wir nur in begrenztem Umfange [...]. Die richtige Verteilung ist das Problem. [...] Nirgendwo in der Welt überläßt man diese Verteilung dem ‚freien Spiel der Kräfte‘.“ Einem leidenschaftlichen Plädoyer für „zweckfreie Erkundungsforschung“ fügte er die Mahnung an, „daß wir für unsere physische Existenz auf Warenaustausch mit der ganzen Welt notwendig angewiesen sind. Wir müssen deswegen auch etwas anzubieten haben – und wenn wir uns nicht ganz gewaltig anstrengen, laufen uns die anderen einfach weg. [...] Der Aufbau und der Ausbau einer industriell orientier-

¹³⁴ Vgl. SAPMO, ZPA, IV A2/9.01/12, Protokoll-Nr. 2/66, S. 15.

¹³⁵ Vgl. hierzu die Berichte des Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft Leo Stern über deren Tätigkeit in den *Jahrbüchern* der Akademie von 1964 bis 1967.

¹³⁶ Kuczynski, *Linientreuer Dissident*, S. 152, 173.

¹³⁷ Siehe ausführlich Ritter/Szöllösi-Janzel/Trischler, *Antworten*.

ten Forschung, auch bei den Grundlagen, hat Vorrang – oder wir verspielen unsere Zukunft.“¹³⁸

Eine kaum überschaubare Zahl von Versuchen, die Effizienz der Forschungsgemeinschaft zu steigern, führte dort bis 1967 zu drei wesentlichen Veränderungen:

Erstens verloren die Forschungsgemeinschaft und ihre Institute durch die konsequentere Unterstellung unter den Forschungsrat weiter an Selbständigkeit. Da dieser im Kompetenzgerangel mit dem ursprünglich nachgeordneten Staatssekretariat für Forschung und Technik unterlag – im 1967 neu gegründeten *Ministerium für Wissenschaft und Technik* (MWT) wurde er zum Beratungsorgan des Ministers degradiert¹³⁹ – kam die Forschungsgemeinschaft faktisch unter die direkte Anleitung und Kontrolle der staatlichen Administration. Weil das MWT der Wirtschaftsabteilung des ZK der SED unterstand und engstens mit der *Staatlichen Plankommission* kooperierte, traten immer stärker wirtschaftliche Interessen in den Vordergrund.

Zweitens wurde die für die Forschungsakademie angestrebte Konzentration auf die Grundlagenforschung und die damit verbundene Verkleinerung des Forschungspotentials nicht erreicht. Das Gegenteil trat ein. Die früher akquirierten anwendungsorientierten Forschungsinstitute versuchten sich in Richtung Grundlagenforschung zu profilieren, wollten aber keinesfalls den *Schoß der Akademie* verlassen. Mit dem Zentralinstitut für Kernforschung wurde zudem 1963 gegen den Willen der Akademie auch noch ein Stück *big science* in die Forschungsgemeinschaft integriert. Nun war alles unter einem Dach vereint – ganz im Gegensatz zur Bundesrepublik, wo die außeruniversitäre Forschungsorganisation auf unterschiedlichen Säulen (MPG, DFG, Fraunhofer, Großforschung) basierte.

Drittens avancierte die Anfang der 1960er Jahre nur für eine begrenzte Zeit angekündigte *Produktionsunterstützung für die Industrie* zu einem Dauerzustand, als die 1963 eingeleitete, unter außerordentlichem Erfolgs- und Zeitdruck stehende Wirtschaftsreform zu scheitern drohte. In der zweiten Hälfte der 1960er Jahre wurden zumindest Teile der Forschungsgemeinschaft immer mehr zu *Zulieferbetrieben* für die Industrie, da die industrielle Forschungs- und Entwicklungskapazität der DDR chronisch defizitär geblieben war.

Im November 1967 schien es für den Vorsitzenden der Forschungsgemeinschaft Hermann Klare sicher zu sein, daß diese „in Zukunft den Charakter eines Forschungskombinates“ annehmen werde, für das das Ministerium für Wissenschaft und Technik als zentrale Planungsinstanz zuständig sein würde.¹⁴⁰ Die im engsten Führungskreis der Akademie, dem *Geschäftsführenden Präsidium*, diskutierten Entwürfe über die zukünftigen Aufgaben,

¹³⁸ Max Steenbeck, „Aufgaben und erste Ergebnisse der Forschungsplanung. Hauptversammlung der Akademie am 14. Mai 1964“, in: *Jb. der DAW 1964*, S. 142ff.

¹³⁹ Der Prozeß der Absorption des Forschungsrates durch die Administration endete 1982 schließlich damit, daß der Minister selbst den Vorsitz übernahm. Auf zwei angesehene Wissenschaftler und Akademiemitglieder (Peter Adolf Thiessen und Max Steenbeck) folgte ein Wirtschaftsfunktionär. Vgl. hierzu auch Scheler, *Akademie der Wissenschaften*, S. 63.

¹⁴⁰ AAW Berlin, FG, A 3922: Hermann Klare, Entwurf eines Schreibens an den Vorsitzenden des Ministerrates Willi Stoph vom November 1967, zit. nach: Stange, *Genese*, S. 190.

das Profil und die Struktur der Akademie, ließen an einer solchen Konstellation jedenfalls keinen Zweifel.¹⁴¹ Ausgearbeitet hatte die Konzeption eine im Mai 1967 gebildete Arbeitsgruppe der Akademieparteileitung.¹⁴² Die Vorgaben waren vom Ministerium gekommen.¹⁴³

Der Chemiker und Industriefachmann Hermann Klare plädierte nun für straffe und übersichtliche Leitungsstrukturen in seinem *Kombinat* und dafür, die Kapazität der Forschungsgemeinschaft in 17 Großinstitute an Stelle der bisherigen 65 Institute und Forschungsstellen, die immerhin etwa 11.500 Mitarbeiter beschäftigten, zu gliedern.¹⁴⁴ Dies sollte im Bereich der Chemieinstitute erprobt und dann auf die ganze Forschungsgemeinschaft übertragen werden. Im Februar 1968 lag eine „Konzeption zur Neugestaltung des Planungs- und Leitungssystems der chemischen Forschung der Forschungsgemeinschaft“ vor;¹⁴⁵ Ende Februar 1968 auch die überarbeitete Grundkonzeption zur Struktur der gesamten Akademie für eine Diskussion mit den Akademiemitgliedern.¹⁴⁶ Nachdem letztere von einer jetzt ausschließlich aus Partei- und Wissenschaftsprominenz bestehenden Arbeitsgruppe noch einmal redigiert worden war, kam sie am 19. März 1968 zur Bestätigung ins Politbüro der SED. Der Entwurf forderte, die *Akademie der Wissenschaften zu Berlin* und die ihr *beigeordneten Institutsgemeinschaften* – bemerkenswert ist schon die sprachliche Trennung – in das entwickelte System des Sozialismus zu integrieren. Dazu sei es notwendig, die Aufgabenstellung und die Arbeitsweise der Akademie weitgehend zu verändern und die Eigenverantwortung der ihr beigeordneten Institutsgemeinschaften zu erhöhen. Die Gelehrtengesellschaft sollte weiterhin ihre wissenschaftlichen Sitzungen abhalten sowie gegebenenfalls Informationen, Empfehlungen, Gutachten und Vorschläge vorlegen. Die Zuordnung der Forschungsgemeinschaft blieb unangetastet. Die für die Geistes- und für die Sozialwissenschaften zuständige Arbeitsgemeinschaft sollte ihre

¹⁴¹ AAW Berlin, Nr. 10147 (1. Entwurf vom 5. August 1967) und AAW Berlin, VA 8487 (2. Entwurf, am 2. November 1967 im Geschäftsführenden Präsidium beraten). Im zweiten Entwurf über „Aufgaben, Profil und Struktur der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin“ hieß es: „Die Forschungsgemeinschaft erhält ihre Planaufgaben direkt vom Minister für Wissenschaft und Technik und ist diesem rechenschaftspflichtig. Das Ministerium [...] plant die finanziellen, materiellen und personellen Fonds der Akademie. Der Minister [...] ist Auftraggeber für solche fundamentalen wissenschaftlichen Arbeiten, die nicht vertraglich mit der Industrie gebunden sind.“

¹⁴² Vgl. AAW Berlin, NL Rompe, Nr. 66: Protokolle und Vorlagen zu den (Sonder-)Sitzungen der Akademieparteileitung vom Mai bis Juli 1967.

¹⁴³ Herbert Weiz forderte vom 1. Sekretär die Akademieparteileitung am 3. Juni 1967: „keine Leitungs- und Strukturfragen der DAW zu diskutieren, bis eine ‚Vorgabe‘ im Juli an uns gegeben wird“. Vgl. AAW Berlin, NL Rompe, Nr. 66.

¹⁴⁴ AAW Berlin, NL Rompe, Nr. 72: Protokoll über die außerordentliche Dienstbesprechung des Vorsitzenden der Forschungsgemeinschaft am 8. November 1967, Punkt 1.

¹⁴⁵ Vgl. AAW Berlin, NL Rompe, Nr. 73: Konzeption zur Neugestaltung des Planungs- und Leitungssystems der chemischen Forschung der Forschungsgemeinschaft, Vertrauliche Dienstsache 1/68, 16. Februar 1968.

¹⁴⁶ AAW Berlin, VA 4847/1.

„wissenschaftliche Orientierung“ direkt von den zuständigen Organen der Partei und Regierung erhalten. Laut Protokoll wurde die Vorlage in erster Lesung mit den in der Diskussion gemachten Änderungen angenommen, wobei die noch offenen Fragen zu prüfen und dem Politbüro erneut vorzulegen waren.¹⁴⁷ Die endgültige Entscheidung war damit vertagt und fiel schließlich – und das überraschte – ganz anders aus.

4.3. Die Akademiereform 1968–1972

Im Juni 1968 beriet das Politbüro erneut über die Akademiefrage und stimmte nun einer von vier Politikern überarbeiteten Fassung einer Grundkonzeption für die Akademie zu.¹⁴⁸ Erhalten blieb in der neuen Konzeption die inhaltliche Zielsetzung, für die Akademie, zerschlagen wurde jedoch der strukturelle Status quo.

– Die beiden Institutsgemeinschaften – Forschungsgemeinschaft und Arbeitsgemeinschaft – wurden aufgelöst und das Forschungspotential in sieben neue *Forschungsbereiche* gegliedert: Kosmische Physik, Mathematik und Physik, Chemie, Biologie und Medizin, Werkstoffwissenschaften, Kernwissenschaften sowie Gesellschaftswissenschaften.

– Die Gelehrten-gesellschaft sollte durch Veränderungen des Mitgliederstatus und der Zugangsmöglichkeiten verändert, die Klassen umgebildet und die Sektionen endgültig aufgelöst werden.

– Die Leitung der Forschungsakademie war auf eine Stelle zu konzentrieren: Der Präsident hatte die Arbeit des Präsidiums und des Plenums zu leiten, das Zusammenwirken der Forschungsbereiche zu sichern und für eine einheitliche Planung sowie für die Kaderpolitik verantwortlich zu zeichnen. Das Präsidium sollte das kollektive Beratungsorgan zur Vorbereitung von Entscheidungen des Präsidenten sein. Dazu gehörten neben den Vizepräsidenten, dem Generalsekretär und den Forschungsbereichsleitern auch der Erste Sekretär der SED-Parteiorganisation und der Vorsitzende der zentralen Gewerkschaftsleitung der Akademie. Die Klassen hingegen waren erstmals nicht mehr durch ihre Vorsitzenden in diesem Gremium vertreten.

Zum Leibniztag am 4. Juli 1968 wurden die Akademiemitglieder über die Grundzüge der Akademiereform informiert.¹⁴⁹ Drei Wochen später, am 25. Juli, stimmten sie der

¹⁴⁷ SAPMO, ZPA, J IV 2/2A/1285: Vorlage vom 12. März 1968 für die Sitzung am 19. März 1968, Entscheidung im Protokoll, Punkt 7. Die Bildung der Arbeitsgruppe mit folgenden Mitgliedern hatte das Sekretariat des ZK der SED am 10. Januar 1968 beschlossen: Herbert Weiz (Vorsitz), Kurt Hager, Günter Mittag, Werner Jarowinsky, Günter Kleiber, Max Steenbeck, Hermann Klare, Leo Stern, Günther Drefahl, Klaus-Dieter Wüstneck, Jürgen Treder, Helmut Koziolok, Fritz Hilbert, Eberhard Leibnitz und Robert Rompe (alle SED außer Steenbeck und Klare).

¹⁴⁸ Vgl. SAPMO, ZPA, J IV 2/2A/1310: Protokoll der Politbürositzung vom 25. Juni 1968, Punkt 7. Die Kommission zum Erarbeiten dieser Vorlage, der Kurt Hager, Günter Mittag, Herbert Weiz und der neue Minister für Wissenschaft und Technik, Günter Prey, angehörten, war vom Politbüro der SED am 23. April 1968 bestellt worden.

¹⁴⁹ Vgl. Werner Hartke, „Bericht zum Leibniz-Tag am 4. Juli 1968“ und Hermann Klare, „Grundzüge der Akademiereform“, in: *Jb. der DAW 1968*, S. 34ff. bzw. 48ff.

Grundkonzeption auf einer Gesamtsitzung zu, allerdings unter zumindest ungewöhnlichen Rahmenbedingungen. Die Mitglieder erhielten die Unterlagen eine Stunde vor Sitzungsbeginn mit der Auflage, sie nach der Sitzung zur Vernichtung zurückzugeben. Auch das genaue Abstimmungsergebnis ist unbekannt, da keine Protokolle dieser Sitzung existieren.¹⁵⁰ Erstmals schrieb nun ein offizielles Akademiesdokument fest, daß die Akademie auf der Grundlage der Beschlüsse der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und der Regierung der DDR zu arbeiten habe und für die Durchführung der sich daraus ergebenden Aufgaben voll verantwortlich sei. Der Perspektivplan für die Entwicklung der Volkswirtschaft sollte fortan, so hieß es in der angenommenen Grundkonzeption, Ziel und Inhalt der Forschungstätigkeit der DAW sowie die Profilierung und Konzentration ihres Forschungspotentials auf strukturbestimmende Aufgaben bestimmen.¹⁵¹ Zum Präsidenten der Forschungsakademie wurde Hermann Klare gewählt.

Die als *Akademiereform* bezeichnete erneute Reorganisation der Akademie dauerte bis 1971/72. Sichtbarer Abschluß war die Umbenennung der Akademie in *Akademie der Wissenschaften der DDR* mit Wirkung vom 7. Oktober 1972.¹⁵² Die Reform war jedoch weniger der Beginn eines neuen als vielmehr der Abschluß des sich in den Jahren zuvor vollzogenen dynamischen Entwicklungsprozesses. Die Kernpunkte dieser Akademiereform waren die folgenden:

Erstens vollendete die Reform „den schon seit den frühen 50er Jahren laufenden Prozeß der Verdrängung von Elementen korporativer Selbstverwaltung der Gelehrten“ an der Akademie endgültig. An ihre Stelle trat „eine hierarchische Pyramide verantwortlicher staatlicher Einzelleiter, die zentralistisch organisiert und lückenlos in das durchgehende Gefüge der staatlichen Leitungsbeziehungen eingefügt war. Diese staatliche Leitungspyramide wurde zugleich an neuralgischen Punkten mit der parteipolitischen unmittelbar kurzgeschlossen.“¹⁵³ Die führende Rolle der Staatspartei ließ sich einerseits über diese Verknüpfung und andererseits über die Besetzung der Führungspositionen in den neuen Strukturen durchsetzen. Der ohnehin anstehende Generationswechsel ermöglichte es, die alten *bürgerlichen* Wissenschaftler genauso wie einige auf Eigenständigkeit beharrende *Genossen-Wissenschaftler* durch nun bereits in der DDR sozialisierte, meist der SED treu ergebene Wissenschaftler zu ersetzen. Im höchsten Leitungsorgan der Forschungsakademie, dem Präsidium, gehörten von 14 Mitgliedern elf der SED an. Bei der von Wissenschaftlern und Politikern seit Kriegsende intensiv betriebenen Suche nach modernen Strukturen der Forschungsorganisation war ein Zustand erreicht, wo das Primat der Politik vor der Wissenschaft gesichert schien.

¹⁵⁰ Vgl. zu den Vorgängen Scheler, *Akademie der Wissenschaften*, S. 122.

¹⁵¹ Vgl. „Grundkonzeption und Struktur der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin“, in: Hartkopf/Wangermann, *Dokumente*, S. 544; Hermann Klare, „Zu Fragen der Akademiereform, Direktorenkonferenz der Akademie am 31. Juli 1968“, in: *Jb. der DAW 1968*, S. 72ff.

¹⁵² „Verordnung des Ministerrates der DDR über die Akademie der Wissenschaften der DDR vom 26. September 1972“, abgedruckt in: Hartkopf/Wangermann, *Dokumente*, S. 570f.

¹⁵³ Hierzu ausführlich Laitko, „Reformpaket“, S. 54.

Zweitens entstanden aus den 90 Forschungseinrichtungen vor der Reform 27 sehr große Zentralinstitute und Zentren sowie 16 große und mittlere Institute und Arbeitsstellen. Sie wurden entsprechend ihrer disziplinären Zugehörigkeit in den sieben bereits genannten Forschungsbereichen zusammengefaßt. Insbesondere in den Zentralinstituten sollten die Vorteile problemorientierter Großforschung, die zu dieser Zeit weltweit gesehen wurden,¹⁵⁴ genutzt werden: Sie waren mit der Intention gebildet worden, einerseits „die Verfügbarkeit der Potentiale für die Leitung zu erhöhen und andererseits den Umfang der Potentiale so weit über eine gewisse, in den einzelnen Disziplinen unterschiedlich zu veranschlagende kritische Grenze hinaus zu steigern, daß die Praxisanforderungen effizient bedient werden konnten, ohne daß die Möglichkeiten zu selbstbestimmter, erkenntnisorientierter Grundlagenforschung übermäßig reduziert würden“.¹⁵⁵ Inwieweit sich diese Vorstellungen realisieren ließen, könnte nur die Untersuchung einzelner Institute zeigen. Es wird Beispiele geben, wo Großforschungsstrukturen durchaus Berechtigung hatten. Der *Sündenfall* dürfte in ihrer verbindlichen Generalisierung gelegen haben. Allein der zentralistische Staat verfügte über die Macht, diese Form der Forschungsorganisation rigoros durchzusetzen und die zuvor entstandenen Strukturen aufzulösen. In der Forschungsakademie waren damit nicht nur die gesamte Formenvielfalt eines ausdifferenzierten Wissenschaftssystems unter einem Dach vereinigt, sondern zudem noch in eine institutionelle Einheitsstruktur gepreßt worden. So wurden Modernisierungsansätze durch eine unflexible Generalisierung und Zentralisierung konterkariert.

Drittens wurden die Politisierung und Ökonomisierung des akademischen Forschungspotentials auf eine neue Stufe gehoben. Praxis-, insbesondere industrierelevante Resultate – wobei Praxis auch im Sinne gesellschaftlicher Prozesse verstanden wurde – standen dabei an erster Stelle. Darin bestand der eigentliche Zweck der Reform, während die Straffung der Leitungsmechanismen und die Konzentration der Potentiale lediglich Mittel zu diesem Zweck waren.¹⁵⁶ Forschung wurde nur noch finanziert, wenn ein externer *gesellschaftlicher Auftraggeber* existierte. Für die Natur- und Technikwissenschaften waren das in der Regel die Ministerien und die Industrie; für die Geistes- und Sozialwissenschaften das Politbüro der SED. Die Forderung nach vollständiger Bindung an solche Einrichtungen wurde allerdings bereits 1972 wieder auf die Hälfte der Forschungsaufgaben beschränkt. Für die andere Hälfte konnte der Präsident der Akademie die Rolle des *gesellschaftlichen Auftraggebers* in Sachen Grundlagenforschung übernehmen.¹⁵⁷

¹⁵⁴ Vgl. vom Brocke, „Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft“ und Ritter, *Großforschung und Staat*.

¹⁵⁵ Laitko, „Reformpaket“, S. 54.

¹⁵⁶ Ebd., S. 55.

¹⁵⁷ Vgl. Anordnung über die auftragsgebundene Finanzierung wissenschaftlich-technischer Aufgaben, in: *GBL der DDR*, Teil II, Nr. 110, 1968. Auftraggeber konnten Kombinate, das Ministerium für Wissenschaft und Technik und andere Ministerien sein. Das System der Vertragsbeziehungen und Finanzierungsregelungen beschreibt Werner Meske in: Gläser/Meske, „Anwendungsorientierung“, S. 101.

In der DDR hat die Ausrichtung auf eine anwendungsorientierte Forschung nicht den erhofften Innovationsschub gebracht.¹⁵⁸ Allerdings erwies sich der eingeschlagene Weg, neben einer *zweckfreien Grundlagenforschung* vor allem eine *anwendungsorientierte Grundlagenforschung* zu betreiben, für nicht wenige Forschergruppen in der Zeit nach 1990 als der Schlüssel zum Zugang in das ausdifferenzierte Wissenschaftssystem der Bundesrepublik – insbesondere in jene Säulen, die heute unter den Namen *Helmholtz*, *Leibniz* und *Fraunhofer* firmieren. Die teils erzwungene und teils verinnerlichte Bereitschaft, nicht nur im *Elfenbeinturm*, sondern mit Anwendungsbezug zu forschen, wurde bei Evaluierungen nach 1990 immer wieder als Vorteil bzw. modernes Element ehemaliger Akademieinstitute gepriesen.

Viertens fand die Suche nach der Aufgabenstellung für die Gelehrten-gesellschaft einen Abschluß. Nach mehr als zwei Jahrzehnten des Experimentierens beschränkte sie sich wieder auf ihre angestammte Funktion als Ort der Repräsentation und der Kommunikation. Als unmittelbar forschungssteuerndes Gremium schied sie nun zwar endgültig aus, aber der Ende der 1950er Jahre beginnende Trend indirekter Einflußnahmen aus der Gelehrten-gesellschaft auf das Forschungspotential der Akademie setzte sich fort. Das *Gütesiegel* einer Mitgliedschaft in der Gelehrten-gesellschaft garantierte exponierte Positionen in den staatlichen Entscheidungsgremien (Räten, Kommissionen etc.). Die Akademie konnte zudem als Rückzugsort für den wissenschaftlichen Disput genutzt werden; sie war weit weniger von der internationalen *community* abgekoppelt als es sonst für wissenschaftliche Einrichtungen in der DDR üblich war.¹⁵⁹ Das angestrebte *Universitas-litterarum-Prinzip* der Gelehrten-gesellschaft erlaubte die Hoffnung auf eine verbesserte und unkonventionelle interdisziplinäre Zusammenarbeit.

Dem Ort der Repräsentation blieben allerdings Einschnitte nicht erspart. Zum einen wurde die gesamtdeutsche Zusammensetzung der Gelehrten-gesellschaft als Anachronismus in einer sozialistischen Forschungsakademie der DDR nun endgültig aufgegeben. Das zeigte sich in der Umwandlung des Mitgliederstatus der dreißig westdeutschen und West-Berliner stimmberechtigten Ordentlichen Mitglieder zu Auswärtigen Mitgliedern.¹⁶⁰ Zum

¹⁵⁸ Werner Meske, in: Gläser/Meske, „Anwendungsorientierung“, S. 135: „Die Innovationsprobleme der Industrie wurden in erster Linie durch das Wirtschaftssystem selbst verursacht, das den Betrieben zu wenig Entscheidungsspielraum beließ und zu wenig Kapazitäten für Investitionen bereitstellte. Die Strategie, mit denen die Politik die Innovationsprobleme lösen wollte, setzten aber nie an diesem eigentlichen Schwachpunkt an, sondern beinhaltete Versuche einer besseren Anpassung der Forschung (als Innovationsquelle) an die Wirtschaft. [...] Die Grundlage dieser Fehlleistungen des politischen Systems war die unvollständige Ausdifferenzierung von Wirtschafts- und Wissenschaftspolitik, bei der letztere den politisch prioritären wirtschaftlichen Interessen nachgeordnet wurde.“

¹⁵⁹ Vgl. hierzu den Beitrag von Günter Pasternak in diesem Band.

¹⁶⁰ Der Status Auswärtiges Mitglied (AM) wurde 1969 wieder eingeführt, vgl. § 16 der Verordnung über das Statut der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin vom 20. Mai 1969. AM wurden alle ausländischen Mitglieder, die 30 erwähnten OM und weitere 20 KM aus der BRD und West-Berlin (davon hatten 31 ständig dort gelebt, sechs die DDR *legal* und 13 die DDR *illegal* verlassen). OM und KM konnten

anderen konnte durch die Umstrukturierung auf allen Ebenen der ohnehin einsetzende altersbedingte Rückzug der ostdeutschen *großen Gelehrten* aus den Entscheidungspositionen forciert werden. Zwar blieb auch in Zukunft die Kombination von hoher wissenschaftlicher Qualität und Loyalität gegenüber dem Staat das Zugangskriterium für die Gelehrten-gesellschaft – in wechselnder Gewichtung –, aber wirklich große Gelehrte mit Charisma wurden seltener; die Verbundenheit der neuen Mitglieder mit der Staatspartei stieg hingegen beträchtlich.

Die interdisziplinäre Zusammenarbeit sollte durch die Einführung von zeitweilig bestehenden *problemgebundenen Klassen* anstelle der 1968 aufgelösten disziplinierten Klassen gefördert werden. Von 1969 bis 1972 wurden elf Klassen gegründet, u. a. die Klassen für Grundlagen der Werkstoffe und ihrer Anwendung, für Optimale Gestaltung der Umweltbedingungen oder für Erbe und Gegenwart. Warum dieses moderne Konzept bereits im Sommer 1973 wieder völlig verworfen wurde und die Rückkehr zu zunächst neun disziplinären Klassen erfolgte, wäre einer genaueren Betrachtung wert.

Ob Jürgen Kuczynskis vernichtendes Urteil über die Akademiereform das letzte Wort sein kann, müssen weitere Untersuchungen zeigen: „Die Reform war der untaugliche Versuch, die Wissenschaft an die Kommandostrukturen der Wirtschaft zu binden, sie institutionell zu kasernieren. Das schlimmste Ergebnis der Reform war, durch die Verballhornung des Leibnizschen Prinzips der Verbindung von Theorie und Praxis, das weitere Umsichgreifen und Ausbreiten der Mittelmäßigkeit, die zunehmende Konzentration auf die Lösung von Tagesaufgaben und damit das Brachlegen und Verkümmern wissenschaftlicher Kreativität, vor allem der Grundlagenforschung.“¹⁶¹

nur noch Bürger der DDR sein. Zahlenangaben siehe AAW Berlin, VA 11434: Werner Hartke, Memorandum zum Verfahren gegenüber früher in der DDR wohnhaft gewesenen Mitgliedern deutscher Nationalität vom 20. August 1970.

¹⁶¹ Kuczynski, *Linientreuer Dissident*, S. 157.

Literatur

- Ash, Mitchell G.: „Kurt Gottschaldt (1902–1991) und die psychologische Forschung vom Nationalsozialismus zur DDR – konstruierte Kontinuitäten“, in: Hoffmann/Macrakis, *Naturwissenschaft und Technik*, S. 337–359.
- Brocke, Bernhard vom/Hubert Laitko: *Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft und ihre Institute*. Das Harnack-Prinzip, Berlin – New York 1996.
- Brocke, Bernhard vom: „Die Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft und ihre Institute zwischen Universität und Akademie“, in: vom Brocke/Laitko, *Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft*, S. 1–32. *Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin 1946–1956*, Berlin 1956.
- Die wichtigsten wissenschaftlichen Leistungen und die volkswirtschaftliche Wirksamkeit der Forschungsgemeinschaft der naturwissenschaftlichen, technischen und medizinischen Institute der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin in den Jahren 1957 bis 1964*, Berlin 1964.
- Eibl, Christina: *Der Physikochemiker Peter Adolf Thiessen als Wissenschaftsorganisator (1899–1990)*. Eine biographische Studie, Diss., Stuttgart 1998.
- Fischer, Wolfram (Hrsg.) unter Mitarbeit von Rainer Hohlfeld und Peter Nötzoldt: *Die Preussische Akademie der Wissenschaften zu Berlin 1914–1945* (= Forschungsberichte der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften 8), Berlin 2000.
- Fischer, Wolfram/Rainer Hohlfeld/Peter Nötzoldt: „Die Berliner Akademie in Republik und Diktatur“, in: Fischer, *Preussische Akademie*, S. 517–566.
- Gläser, Jochen/Werner Meske: *Anwendungsorientierung von Grundlagenforschung? Erfahrungen der Akademie der Wissenschaften der DDR*, Frankfurt/M. – New York 1996.
- Hammerstein, Notker: *Die Deutsche Forschungsgemeinschaft in der Weimarer Republik und im Dritten Reich*. Wissenschaftspolitik in Republik und Diktatur 1920–1945, München 1999.
- Hartkopf, Werner/Gert Wangermann (Hrsg.): *Dokumente zur Geschichte der Berliner Akademie der Wissenschaften von 1700 bis 1990* (= Berliner Studien zur Wissenschaftsgeschichte 1), Heidelberg – Berlin – New York 1991.
- Hoffmann, Dieter/Kristie Macrakis (Hrsg.): *Naturwissenschaft und Technik in der DDR*, Berlin 1997. *Jahresbericht 1989 der AdW der DDR*, Teil 2: Statistischer Jahresbericht.
- Kocka, Jürgen (Hrsg.) unter Mitarbeit von Rainer Hohlfeld und Peter Th. Walther: *Die Königlich Preussische Akademie der Wissenschaften zu Berlin im Kaiserreich* (= Forschungsberichte der Interdisziplinären Arbeitsgruppen der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften 7), Berlin 1999.
- Kuczynski, Jürgen: *Ein linientreuer Dissident*, Berlin 1992.
- Laitko, Hubert: „Das Reformpaket der sechziger Jahre – wissenschaftspolitisches Finale der Ulbricht Ära“, in: Hoffmann/Macrakis, *Naturwissenschaft und Technik*, S. 35–57.
- Landrock, Rudolf: *Die Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin 1945–1971 – ihre Umwandlung zur sozialistischen Forschungsakademie*. Eine Studie zur Wissenschaftspolitik der DDR, 3 Bde. (= Analysen und Berichte aus Gesellschaft und Wissenschaft), Erlangen – Nürnberg 1977, Bd. 1.
- Lauterbach, Günter: *Wissenschaftspolitik und Ökonomie*. Wandel der Konzeptionen im Wandel der Wirtschaftsreformen 1963–1971, Erlangen 1980.
- Naumann, Manfred: „Mein Parteauftrag im Karl-Marx-Jahr“, in: Geschichtskommission der SED-Kreisleitung der AdW der DDR (Hrsg.), *Erinnerungen und Erlebnisse verdientvoller Mitglieder der SED*, Berlin 1987, Teil I, S. 22–29.
- Neue Wege der wissenschaftlich-technischen Forschung*. *Wissenschaft und Fortschritt*, Berlin 1967.
- Nikitin, Pjotr I.: *Zwischen Dogma und gesundem Menschenverstand*. Wie ich die Universitäten der deutschen Besatzungszone „sowjetisierte“. Erinnerungen des Sektorleiters Hochschulen und Wissenschaft der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (= edition bildung und wissenschaft 6), Berlin 1997.

- Nötzoldt, Peter: „Wissenschaft in Berlin – Anmerkungen zum ersten Nachkriegsjahr 1945/46“, in: *Potsdamer Bulletin für Zeithistorische Studien* 5 (1995), S. 15–36.
- Nötzoldt, Peter: „Strategien der deutschen Wissenschaftsakademien gegen Bedeutungsverlust und Funktionsverarmung“, in: Fischer, *Preussische Akademie*, S. 237–277.
- Nötzoldt, Peter: *Wolfgang Steinitz und die Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin. Zur politischen Geschichte der Institution (1945–1968)*, Diss., Berlin 1998.
- Osietzki, Maria: *Wissenschaftsorganisation und Restauration. Der Aufbau außeruniversitärer Forschungseinrichtungen und die Gründung des westdeutschen Staates 1945–1952*, Köln 1984.
- Protokoll der Verhandlungen des V. Parteitages der SED vom 10.–16. Juli 1958*, Bd. 1, Berlin 1959.
- Ritter, Gerhard A.: *Großforschung und Staat in Deutschland*. Ein historischer Überblick, München 1992.
- Ritter, Gerhard A./Margit Szöllösi-Janze/Helmuth Trischler (Hrsg.): *Antworten auf die amerikanische Herausforderung*. Forschung in der Bundesrepublik und der DDR in den „langen“ siebziger Jahren (= Studien zur Geschichte deutscher Großforschungseinrichtungen 12), Frankfurt/M. – New York 1999.
- Scheler, Werner: *Von der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin zur Akademie der Wissenschaften der DDR*. Abriss der Genese und Transformation der Akademie, Berlin 2000.
- Stange, Thomas: *Die Genese des Instituts für Hochenergiephysik der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin 1940–1970*, Diss., Hamburg 1998.
- Steiner, André: *Die DDR-Wirtschaftsreform der sechziger Jahre*. Konflikt zwischen Effizienz- und Machtkalkül, Berlin 1999.
- Tandler, Agnes Charlotte: *Geplante Zukunft*. Wissenschaftler und Wissenschaftspolitik in der DDR 1955–1971, Diss., Florenz 1997.
- Tent, James F.: *Freie Universität Berlin 1948–1988*. Eine deutsche Hochschule im Zeitgeschehen, Berlin 1988.
- Trischler, Helmuth/Rüdiger vom Bruch: *Forschung für den Markt*. Geschichte der Fraunhofer-Gesellschaft, München 1999.
- Verordnung über die Erhaltung und Entwicklung der deutschen Wissenschaft und Kultur, weitere Verbesserung der Lage der Intelligenz und Steigerung ihrer Rolle in der Produktion und im öffentlichen Leben*. Vorlage zur Vollsitzung der Deutschen Wirtschaftskommission für die sowjetische Besatzungszone am 30./31. März 1949.
- Walther, Peter Th.: „It Takes Two to Tango“. Interessenvertretungen an der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin in den fünfziger Jahren, in: *Berliner Debatte Initial*, 4/5 (1995), S. 68–78.
- Weber, Hermann: *Die DDR 1945–1990* (= Grundriß der Geschichte 20), München 21993.
- Wennemuth, Udo: *Wissenschaftsorganisation und Wissenschaftsförderung in Baden*. Die Heidelberger Akademie der Wissenschaften 1909–1949, Diss., 1991.
- WITEGA e.V. (Hrsg.): *Zur Geschichte der Forschungsgemeinschaft der naturwissenschaftlichen, technischen und medizinischen Einrichtungen der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin* (= Wissenschaftshistorische Adlershofer Splitter 3), Berlin 1997.